Nr. 107. 18. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1901 unter Nr. 7671. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 9. Mai 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Der neue preußische Polizeiminister.

Aus Elsaß-Lothringen wird uns geschrieben:

Wenn es für einen deutschen Staatsbeamten als Empfehlung für den Posten eines Polizei- und Verwaltungsministers gilt, seine gesamte Berufslaufbahn unter einem Regiment der Diktatur- und Ausnahmegesetzgebung zurückgelegt zu haben, so bringt der neuernannte preußische Minister des Innern, Freiherr von Hammerstein, allerdings glänzende Empfehlungen in sein neues Amt mit. Volle 28 von seinen 57 Lebensjahren, und damit die Zeit seiner gesamten praktischen Thätigkeit im staatlichen Verwaltungsdienst, hat er auf der hohen Schule der preußisch-junkerlichen Polizei- und Verwaltungspraxis in Elsaß-Lothringen zugebracht, auf der den angehenden Regierungsmännern als Axiom aller staatlichen Administrativweisheit der Grundsatz gelehrt wird, daß die staatsbürgerlichen Freiheiten nur ein Gnadengeschenk der Regierung seien, von dem, wenn es diesen Charakter nicht verlieren solle, nur äußerst selten Gebrauch gemacht werden dürfe.

Bereits im Jahre 1872, kaum 30 Jahre alt, wurde Freiherr v. Hammerstein, der älteste Sohn des im selben Jahre verstorbenen ehemals königlich hannoverschen, dann großherzoglich mecklenburg-strelitzischen Staatsministers Wilhelm v. Hammerstein, mit der Empfehlung der Zugehörigkeit zum Heidelberger Corps „Vandalia" ausgestattet, auf den Posten des Kreis- und Polizeidirektors von Mülhausen berufen, von wo er zehn Jahre später, nach der Maßregelung von Flottwells durch den Statthalter Feldmarschall v. Manteuffel, nach Metz kam als Präsident des weit über eine halbe Million Einwohner zählenden Bezirks Lothringen.

Das politische Leben Lothringens stand seit der Annexion unter dem Zeichen der Stagnation, der totalen Versumpfung. Die großen Industriebarone führten dort über ihre Lohnsklaven von jeher ein patriarchalisches Bevormundungsregiment, dem man die Nachbarschaft mit dem „Königreich Stumm" deutlich anmerkte. Ursprünglich wütende Protestler, waren sie unter der „Versöhnungsära" Manteuffel, die sie mit Ehren überhäufte, zu geschmeidigen Anhängern des neuen Regiments geworden, die sich bei dem Werke der Niederhaltung ihrer Arbeiterschaft durch frömmelndes Muckertum freilich auch die Unterstützung des politisch intransigeanten Klerus gesichert hatten. In allerneuester Zeit haben, wie noch in frischer Erinnerung sein dürfte, die parlamentarischen Repräsentanten des lothringenschen Notabelntums im Landesausschuß ihrer politischen Charakter- und Skrupellosigkeit dadurch die Krone aufgesetzt, daß sie ihre Zustimmung zu den von der Regierung verlangten Hohkönigsburg-Krediten zum Gegenstand eines — freilich total mißglückten — politischen Schachergeschäfts zu machen versuchten. Nach oben liebedienerisch und rückgratlos, drückten sie nach unten um so mehr auf die Arbeiterschaft und hemmten im Verein mit der ihren Zwecken allezeit willfährigen Staatsgewalt jede freiere Regung auf dem Gebiete des politischen und wirtschaftlichen Lebens.

Man sieht: die politische Atmosphäre, in der Herr v. Hammerstein als erster Verwaltungs- und Polizeibeamter des Bezirks seine praktischen Berufserfahrungen sammelte, war nicht gerade eine ansprechende. Dazu freilich, daß der in derselben längst erforderliche Reinigungsprozeß hintangehalten wurde, wie wir ihn in den beiden elsässischen Bezirken seit dem Eingreifen der socialistischen Arbeiterschaft in die politischen Geschicke des Landes sich vollziehen sahen, dazu hat der Bezirkspräsident v. Hammerstein beigetragen, was in seinen Kräften stand. Man ist in Neu-Puttkamerum in seinen Ansprüchen an die staatsbürgerlichen Freiheiten gewiß nicht verwöhnt: das Verwaltungs- und Polizeiregiment aber, das Frhr. v. Hammerstein seit nunmehr bald achtzehn Jahren in Metz geführt hat, muß selbst für elsaß-lothringensche Verhältnisse ein ungewöhnlich reaktionäres genannt werden. Die ihm durch den Diktaturparagraphen und die sonstigen landesgesetzlichen Ausnahmebestimmungen an die Hand gegebenen Gewaltmittel zur Niederhaltung der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung der lothringenschen Arbeiterschaft fanden unter seiner Herrschaft die weitestgehende Anwendung. Den Arbeitervereinigungen aller Art wurde, sobald sie auch nur die schwächste oppositionelle Färbung verrieten, die erforderliche polizeiliche Genehmigung versagt, die Versammlungen im vorhinein verboten oder aufgelöst. Selbst Besprechungen der Mitglieder von Krankenkassen, Unterstützungsvereinen 2c., in denen lediglich innere Verwaltungsangelegenheiten verhandelt werden sollten, blieben von polizeilicher Ueberwachung und Auflösung nicht verschont. Bei den politischen Wahlen der verschiedenen Art, insbesondere bei Reichs- und Bezirkstagswahlen, machte sich in Lothringen ein behördlicher Druck von oben geltend, der das Ergebnis der Abstimmung nur allzu oft zur Karikatur eines Spiegelbilds der politischen Stimmung des Bezirks verzerrte. Nirgends im Reichslande erreichte die Wahlmache einen derartigen Umfang wie im Machtbereich des Herrn v. Hammerstein.

Eine besonders feindliche Stellung nahm der neue preußische Minister des Innern gegenüber der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung ein. Die Unterdrückung aller derartigen Organisationen hatte sich bei ihm zum förmlichen Verwaltungsprincip ausgebildet. Keine Berufsvereinigung der Arbeiter fand vor seinen Augen Gnade, und auch der Versuch der Arbeiterschaft, durch Gründung von Zweigverwaltungsstellen bereits bestehender altdeutscher Gewerkschafts-Organisationen ihren Zweck zu erreichen, scheiterte an dem unbeugsamen Willen des Bezirkspräsidenten. Er erklärte alle diese Vereinigungen kurzer Hand und aus eigener Machtvollkommenheit für politische, bei denen die wirtschaftlichen Bestrebungen nur der Deckmantel der socialistischen Tendenzen seien, und versagte ihnen dann die für Vereine politischen Charakters erforderliche polizeiliche Genehmigung. In dieser Haltung ließ er sich auch nicht beirren, als eine eben von ihm aufgelöste Metzer Gewerkschaft durch Fortsetzung ihrer Versammlungen und Beitragsleistung auf den gerichtlichen Austrag der Streitfrage drängte und mittels freisprechenden Urteils der Strafkammer des Landgerichts Metz sich von berufenster Stelle bestätigen ließ, daß der § 152 der Reichs-Gewerbe-Ordnung auch für Elsaß-Lothringen Geltung besitze, und daß alle entgegenstehenden landesgesetzlichen Vorschriften durch ihn aufgehoben worden seien.

Diese Entscheidung, der übrigens in einem ähnlichen Fall bald darauf auch die Straßburger Strafkammer beitrat, vermochte den Freiherrn v. Hammerstein von seiner rigorosen Polizeipraxis gegenüber den Gewerkschaften ebenso wenig abzubringen, wie die ausdrückliche Feststellung der genannten beiden kaiserlichen Gerichte, daß die Unterstellung politischer Zwecke bei den in Frage kommenden beruflichen Fachvereinigungen jeder Berechtigung entbehre: Herr v. H. fuhr in der Nichtgenehmigung wie der politischen so auch der gewerkschaftlichen Organisationen unbekümmert fort und hat diese Praxis, allen Protesten und Beschwerden der Arbeiterschaft zum Trotz, bis in die allerneueste Zeit fortgeführt. Aeußerst bezeichnend für seine Stellung gegenüber den politischen und wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiterschaft ist die Antwort, die er vor etwa Jahresfrist der Abordnung einer von ihm unterdrückten Metzer Gewerkschaft zu teil hatte werden lassen. **„Wir haben hier genug mit den Franzosen zu thun und keine Zeit, um uns auch noch mit den Arbeitern abzugeben!"** so lautete der Bescheid, mit dem er die um die Respektierung ihrer gesetzlichen Rechte nachsuchenden Leute entließ, die danach über die einschlägigen Anschauungen ihres Bezirkspräsidenten allerdings nicht mehr im Zweifel sein konnten.

Alles in allem: Herr v. Hammerstein war als Bezirkspräsident von Lothringen ein Mann der eisernen Faust, einer der unerbittlichsten Vertreter des Systems der Diktatur. Seit einigen Jahren schon wurde er als Anwärter des reichsländischen Staatssekretärpostens an Stelle Puttkamers genannt. Man wußte, daß damit eine noch stärkere Anziehung des Diktaturnebels verbunden, vor allem aber die Aufhebung der entwürdigenden Ausnahmestellung des Landes in weite Ferne gerückt gewesen wäre. Jetzt, da der Mann Minister in Preußen geworden, gratuliert man sich im Reichsland.

Elsaß-Lothringen hat Preußen bereits früher einmal aus den Reihen seiner obersten Beamten einen Minister des Innern geliefert: den Herrn v. Köller, der in Berlin seinen preußisch-junkerlichen Regierungsgrundsätzen nicht untreu wurde, die er als Staatssekretär im Ministerium für Elsaß-Lothringen praktiziert hatte. Es sprechen alle Anzeichen dafür, daß dies auch bei Herrn v. Hammerstein der Fall sein wird. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Mai.

Der Reichstag

erledigte am Mittwoch zunächst die dritte Lesung des Weingesetzes und wandte sich dann der zweiten Lesung des Diätenantrags Gröber zu.

Das Haus war gut besetzt und hatte außerdem das Vergnügen, das ihm bei Initiativanträgen selten zu teil wird, einige Mitglieder des Bundesrats in seinem Saal zu sehen.

Bekanntlich haben sich die Parteien dahin geeinigt, nicht eigentliche Diäten, sondern sogenannte Anwesenheitsgelder zu zahlen, um dadurch gleichzeitig der chronischen Beschlußunfähigkeit des Hauses abzuhelfen. Diese Anwesenheitsgelder sollen pro Kopf und Mann 20 Mark betragen, indessen davon die 15 Mark Landtagsdiäten in Abzug gebracht werden.

Man hatte geglaubt, die Beratung werde sehr schnell zu Ende gehen, und die Rede, mit der Abg. Gröber seinen Antrag nochmals begründete, war nicht geeignet, diesen Glauben irgendwie zu zerstören.

Aber die Junker hatten es anders beschlossen; die gouvernementale und die agrarische Linie des Konservatismus benutzte die Gelegenheit, durch ihre Vertreter v. Levetzow und Graf Arnim ihrem Hasse gegen das allgemeine Wahlrecht Ausdruck zu verleihen. Herr v. Levetzow und Graf Arnim machten, das muß man ihnen lassen, aus ihrem Herzen keine Mördergrube. Inmitten einer aus demokratischem Wahlrecht hervorgegangenen Versammlung wurde von der Demokratie als von einem niedrigen Niveau gesprochen; alle die alten Redensarten, die nun bereits seit Jahren gehört und widerlegt worden sind, wurden von den Edelsten der Nation wieder vorgebracht: von der Unwürdigkeit, sich für öffentliche Dienste bezahlen zu lassen, bis zur Zeitverträdelung, die durch die Diäten angeblich herbeigeführt werde.

Den Levetzowschen Ausführungen trat Genosse Singer in kraftvoller und außerordentlich wirksamer Rede entgegen. Ohne sich weiter auf unnütze Zeitverschwendung, die Notwendigkeit der Diäten noch länger zu begründen, einzulassen, beleuchtete er den preußischen Landtag so scharf, daß ihm ein Ordnungsruf verliehen wurde; er benutzte außerdem die Gelegenheit, die bekannte Aeußerung von den „Kerls" ein wenig zu betrachten. Graf Posadowsky war, wie schon erwähnt, anwesend, und er war nicht nur anwesend, er ergriff auch das Wort. Ueber den Diätenantrag sich zu äußern hatte er, wie er sagte, keine Veranlassung; statt dessen philosophierte er über Zwischenträgereien und dergleichen. Die Abgg. Büsing (natl.), Dr. Müller-Sagan (freis. Vp.), Rickert (freis. Vg.), Hauß (Elf.), Gaebel (Antis.) sprachen für den Antrag. Denselben befürwortete ebenfalls der Abg. Dr. Arendt, der ausnahmsweise ziemlich vernünftig sprach.

Viel belacht wurde der Hinweis des bayrischen Centrums-Abgeordneten Lerno auf das Jubiläum des tausendsten Diätentages, das zur Zeit ein bayrisches Bundesratsmitglied begehe. Der Vertreter im Bundesrat, Graf Lerchenfeld, verkündete, daß seine Regierung über den Antrag noch nicht schlüssig geworden sei, und machte sich außerdem die überflüssige Mühe, die Glaubwürdigkeit der Depeschen des hiesigen Scherl-Organs zu bezweifeln.

In der bei seiner Körperbeschaffenheit besonders gefährlichen Rolle eines Drahtseilkünstlers produzierte sich der Abgeordnete Dr. Oertel. In seiner „Deutschen Tageszeitung" ist er für die Diäten eingetreten; nachdem aber Herr v. Levetzow so gegen die Diäten geeifert hatte, wollte er sich jedenfalls nicht in striktem Gegensatz zu seinem Fraktionsgenossen stellen. Er behalf sich damit, daß er teils für, teils gegen den Antrag redete, indem er wohl principiell für Diäten sprach, aber doch die Fassung des Kommissionsantrags für so schlecht erklärte, daß er ihr seine Zustimmung versagen müsse.

Die Abstimmung war auf Antrag Rickert eine namentliche. Sie ergab die Annahme des Antrags mit 185 gegen 40 Stimmen. Unter den 40 Neinsagern befand sich der Präsident des diätenschluckenden Junkerparlaments, v. Kröcher, und der Sohn des Diätenverweigerers Bismarck, dagegen stimmte der andre Kanzlersohn Prinz Alexander Hohenlohe für den Antrag.

Donnerstag stehen die Anträge unserer Fraktion, sowie des Centrums betreffend die Gewerbegerichte auf der Tagesordnung.

Die Reichs-Finanznot.

Von neuem hat der Staatssekretär des Reichs-Schatzamts, Freiherr v. Thielmann, seine Kassandraklage des bevorstehenden großen Reichsdefizits erhoben. Während vor Jahresfrist, als es galt, dem Reichstag das gewaltige Flottenprogramm schmackhaft zu machen, die Finanzlage in rosigster Färbung gemalt wurde, begann bald nach Bewilligung der bitter nötigen Flotte ersten Rangs das Zugeständnis des finanziellen Niedergangs. Die neuen Steuern, die das Centrum anbot, wurden eingesackt, aber die beginnende wirtschaftliche Krise verminderte die Reichseinnahmen, und der Chinazug vermehrte die Reichsausgaben. Wiederholt hat seitdem Herr v. Thielmann in der Budgetkommission des Reichstags auf die wachsenden Schwierigkeiten der Reichskasse hingewiesen. Und das Defizit, das er in Aussicht stellt, wächst fast von Monat zu Monat immer bedrohlicher.

Die Reichstagskommission für das Schaumweinsteuer-Gesetz hat Beschlüsse gefaßt, durch welche die aus diesem Gesetz veranschlagten Einnahmen um etwa 3/4 Millionen Mark vermindert werden würden. Dieser geringe Abstrich, der im Milliarden-Etat des Reichs völlig verschwindet, entsetzt die Reichs-Finanzverwaltung. Freiherr v. Thielmann erklärt vor der Kommission:

Auch solche verhältnismäßig unbedeutende Summe **könne nicht entbehrt werden.** Die Reichskasse brauche **jeden Pfennig.** Denn im nächsten Etatsjahr werde sich **ein Fehlbetrag von mindestens 70—80 Millionen ergeben.**

So offenbaren sich herrlich die Folgen der Weltpolitik. Wie will man sich aus diesen Nöten erretten?

Nun werden die Finanzgenies des Centrums, die den Marinewahn und die Allerweltsphantasterei finanziert haben, angstvoll suchen, wo sie noch einige Steuerchen zusammenkratzen können. Doch Kleinigkeiten nützen jetzt nicht mehr. Jetzt würden selbst Bier und Tabak nicht genug hergeben können, um das große Loch der Reichskasse zu stopfen.

Zugleich aber erhebt sich in den Bundesstaaten der Angstruf, daß durch vermehrte Herbeiziehung der Matrikularbeiträge zu Reichszwecken ihre Finanzverwaltung zerrüttet werden müsse und daß Abhilfe geschaffen werden solle durch Wiederaufnahme der Bismarck-Miquelschen Reichs-Finanz„reform", die das Reich „auf eigne Füße stellen soll".

Nun wohl, man stelle das Reich auf eigne Füße! Man bewillige die von der Socialdemokratie längst geforderte Reichs-Einkommen- und Reichs-Vermögenssteuer mit scharfer Progression auf die großen Einkommen und Vermögen! Dann hat alle Finanznot ein schnelles Ende, und nicht nur sie; sondern zugleich wird an Militarismus, Marinismus und der Weltpolitik ein trefflich funktionierender Hemmschuh gelegt, sobald Militaristen, Marinisten und Weltpolitiker ihre Tollheit aus eigener Tasche zahlen müssen. —

* * *

Deutsches Reich.

Der Kaiser gegen Diäten. Nach dem „Schwäb. Merkur" äußerte der Kaiser jüngst auf der Wartburg zum Großherzog von Weimar in einer politischen Unterhaltung:

„Der Bewilligung von Diäten an die Reichstags-Abgeordneten werde ich nicht eher zustimmen, **bis das Reichstags-Wahlgesetz eine entsprechende Aenderung in Bezug auf die Wahlberechtigung** erfahren hat. **Oppositionelle Volksvertreter haben wir mehr als genug,** und die Leistungen der bezahlten Landtags-Abgeordneten, wenigstens in Preußen, sind auch nicht die hervorragendsten."

Diese Nachricht kann als glaubwürdig nicht angesehen werden. Der Kaiser kann weder die Landtags-

Abgeordneten als „bezahlte“ noch ihre Leistungen trotz Ablehnung des Kanals als „nicht hervorragend“ kritisiert haben. Der Kaiser kann nicht der Meinung sein, daß er durch Nichtdiätenzahlung vor der Vermehrung der oppositionellen Volksvertreter geschützt werde. Der Kaiser kann auch kaum eine Verschlechterung des Reichstags-Wahlrechts als seinen persönlichen Wunsch verkündigt haben. Endlich kann der Kaiser nicht gesagt haben, „er werde der Diätenbewilligung nicht eher zustimmen, bis . . .“, denn bekanntlich hat nach der Reichsverfassung nicht der Kaiser, sondern Reichstag und Bundesrat über Reichsgesetze zu beschließen. —

Schwere Gesundheitserschütterung hat die preußische Ministerkrise verschiedenen der höchsten Verwaltungsbeamten verursacht. Unter-Staatssekretär Lohmann vom Handelsressort, der gestern als gesund gemeldet wurde, soll doch recht leidend sein und im Laufe dieses Jahres, sobald Minister Möller sich in sein Fach eingearbeitet haben wird, in den Ruhestand treten. Auch der Unter-Staatssekretär der Finanzen, Herr Lehnert hat sich als krank erklärt, will aber auf dringenden Wunsch des Herrn v. Rheinbaben diesem noch einige Zeit die neue Amtsbürde tragen helfen. Krank ist ferner der Direktor für die Verwaltung der direkten Steuern, Ober-Finanzrat Pfahl und Ministerialdirektor Grandke vom Finanzministerium. —

Große Männer. Wir lesen in der „Freisinnigen Zeitung“:

Auf die Größe unsrer Minister, d. h. natürlich auf die körperliche Größe derselben, scheint neuerlich bei der Ernennung, wie man in parlamentarischen Kreisen glaubt bemerkt zu haben, nicht geringes Gewicht gelegt zu werden. Der neue Minister des Innern Freiherr von Hammerstein soll von großer, stattlicher Figur sein, und den „langen Möller“ hatte man als Ministerkandidaten schon lange in's Auge gefaßt, wie nach einer Aeußerung berichtet wird, die bei der Einweihung des Denkmals für den Großen Kurfürsten in Bielefeld gefallen sein soll. In dem Grafen Bülow hat man einen stattlichen Ersatz für den kleinen Hohenlohe gefunden. Bei Herrn Studt als Kultusminister muß die äußere Erscheinigung entschädigen für vieles, was an sonstigen Eigenschaften für sein Ressort bei demselben nicht erkennbar hervortritt. Nicht etwa, daß das Gardemaß durchaus verlangt wird, oder daß man eine Ministercompagnie zu bilden versucht nach dem Muster der Potsdamer Grenadiere weiland König Friedrich Wilhems I. Aber es läßt sich nicht leugnen, daß auch, abgesehen vom Fackeltanz, Minister von stattlicher Figur im Gegensatz geeignet sind, bei feierlichen Gelegenheiten, z. B. im Weißen Saal als Umgebung des Throns, stimmungsvoll zu wirken. —

Die Getreidezölle und die Einzelstaaten. Wie uns aus Gotha telegraphiert wird, nahm der Landtag mit 19 gegen 8 Stimmen einen Antrag an, der sich gegen eine Getreidezollerhöhung richtete.

Bei dieser Gelegenheit gab der neue Ministerpräsident Hentig eine Erklärung ab, in der er zwar ausführte, die Regierung könne eine entscheidende Stellung zu der Frage nicht einnehmen, bevor der Zolltarif ihr zugegangen sei, dann aber doch, nach dem „B. T.“ „grundsätzlich“ sich dahin äußerte, daß die Regierung nach den sorgfältig festgestellten besonderen Verhältnissen und Bedürfnissen der Herzogtümer sich für verpflichtet erachtet, gegenüber dem berechtigten Bestreben nach Sicherung eines angemessenen Ertrages der landwirtschaftlichen Arbeit, der Notwendigkeit Rechnung zu tragen, daß die ärmeren Volksklasen, insonderheit diejenigen mit einem festbegrenzten Einkommen vor einer fühlbaren Verteuerung der notwendigen Nahrungsmittel beschützt werden und den Erzeugnissen unsres Gewerbefleißes die Verwertung auf den Märkten des Auslands durch den Abschluß entsprechender Handelsverträge auch für die Zukunft ermöglicht wird.

Das ist eine nicht sehr agrarische Erklärung, die aber jede Erhöhung der Getreidezölle nicht ablehnt; die Verteuerung soll nur nicht „fühlbar“ werden. —

„Socialdemokratisch“ in der Chinafrage wird nun allmählich die gesamte Presse. Unsre Kritik, mit der wir lange Zeit völlig allein standen und um deretwillen wir als „freiwillige Chinesen“, „Vaterlandsverräter“ usw. geschmäht wurden, wird jetzt selbst von nationalliberalen Blättern übernommen:

Die „National-Zeitung“ mahnt plötzlich die Mächte, die Chinesen künftig weniger zu reizen als bisher:

„In ganz besonders hohem Grade dürfte es auch darauf ankommen, daß die diplomatischen Vertreter, die Kaufleute und die Missionare der civilisierten Nationen im Verkehr mit den Chinesen eine früher öfter vermißte Klugheit und Mäßigung obwalten lassen. Wenn die Europäer und die Amerikaner die chinesischen Probleme richtig auffassen, so ist nicht anzunehmen, daß der gesitteten Welt aus der ja allerdings überaus verwickelten ostasiatischen Frage unüberwindliche Schwierigkeiten entstehen müssen.“

China werde nach Wiederherstellung des Friedens „nicht mehr brüsk, herausfordernd und mit sogenannter Schneidigkeit behandelt werden dürfen“:

„Es wäre fernerhin sehr gefährlich, wenn man europäischerseits vergessen sollte, daß die zu erwartende starke Vermehrung der „offene Thüren“ in Ostasien unvermeidlich die Waffentüchtigkeit der Chinesen steigern wird. Schon heute ist, verglichen mit der militärischen Hilflosigkeit, welche die Chinesen im Kampfe mit den Japanern an den Tag gelegt hatten, ein viel lebhafteres Pulsieren der kriegerischen Ader bei ihnen unverkennbar. Bewies das doch noch in den letzten Tagen das trotzige Standhalten des Generals Liu.“

Schließlich rät das Blatt noch den Mächten, „in Bezug auf die Erlangung von Pachtungen, Bergwerks- und Eisenbahnkonzessionen und dergleichen minder gewaltsam und stürmisch als in der Vergangenheit vorzugehen.“

Die Einsicht kommt spät, aber sie kommt. Der europäische Rachezug nach China hat eine Entartung der bürgerlichen Intelligenz und Urteilsfähigkeit entblößt, die man nicht für möglich halten sollte.

Es wird nicht lange dauern, und die Auslassungen, die sich die Khakipresse in dem ersten Halbjahr des chinesischen Abenteuers leistete, werden allgemein als Irrenhausgetobe erscheinen. —

Ich schwör's ab! Zur Charakteristik Miquels erzählt die „Frankfurter Volksstimme“ das folgende Geschichtchen.

Es war einige Zeit, ehe Miquel Minister wurde, als einer unsrer Redacteure mit ihm ein bezeichnendes Erlebnis hatte. Im Kaufmännischen Verein Frankfurt a. M., dessen Vorsitzender dem Oberbürgermeister Miquel als nationalliberaler Parteiführer nahesteht und ihm manches verdankt, hatte Miquel im Herbst 1889 einen Vortrag gehalten und man saß, wie üblich, nachher ein Stündchen bei einem Glas Wein gemütlich im Vereinshaus zusammmen. Man rühmte die sozialreformatorischen Absichten des neuen Kurses, Miquel pries ihn allen voran, und unser Redacteur erlaubte sich, ein politischer Ketzer, wie er es damals schon in jenen Kreisen war, dem Frankfurter Oberbürgermeister gegenüber die kleine Einwendung: „Ja, wenn es mit der Socialreform Ernst ist, wie kann man dann aber das Socialistengesetz noch fortbestehen lassen?“ Worauf Miquel rasch und lebhaft: „Ja, das ist ein Skandal!“ . . . Aber ebenso rasch war dem gewieften politischen Geschäftsmann das Bewußtsein gekommen, daß er sich zu weit ausgeplaudert hatte einem Zeitungsmanne gegenüber. Schnell sich zu unsrem Redacteur vorbeugend und ihn eindringlich fixierend sagte der Vielgewandte, halb schalkhaft, halb ernst: „Aber keinen öffentlichen Gebrauch davon machen! Ich schwör's sonst ab!“ . . . Das war der ganze Miquel! Und ähnlich soll er es in der Frage einer Reform des Frankfurter Gemeindewahlrechts mit den beiden jetzigen Frankfurter Landtags-Abgeordneten getrieben haben, worüber diese vielleicht nunmehr selbst etwas erzählen. —

Ausland.

Schweden.

Marineminister Dyrßen vor dem Reichstag. Deutlicher und einstimmiger als das in den Sitzungen der beiden Kammern am Sonnabend der Fall war, ist seit Bestehen der Verfassung noch niemals einem Mitgliede der Regierung der Wink, zu verschwinden, vom Reichstage gegeben worden. Die Sitzung der ersten Kammer wurde damit eingeleitet, daß Dyrßen eine lange Verteidigungsschrift verlas, die aus schwachen Advokatenkniffen bestand, und in der er von seinem guten Herzen sprach, dem es so schwer geworden sei, seinen alten Freund und Schiffskameraden zu bestrafen; — „aber er hätte leider nicht anders handeln können“ usw. Seine Ausführungen wurden mit absoluter Kälte aufgenommen. Nur ein alter General versuchte ihm Beistand zu leisten, aber auch seine Rede fand keinerlei Zustimmung. Dagegen wurde die Anklagerede des Wortführers des Verfassungsausschusses mit lauten Bravorufen begrüßt und einstimmig der Antrag des Ausschusses angenommen.

Von dort begab sich Dyrßen nach der Zweiten Kammer, um auch hier sein Schriftstück zu verlesen. Auch hier begegnete ihm dasselbe eisige Schweigen und keiner nahm sich seiner an. Auch hier erntete der Vertreter der Anklage lauten Beifall, und geschlossen stimmte die Kammer dem Antrage auf Absetzung des Ministers zu.

Wie man sieht, sind es also sehr zwingende Gründe gewesen, die den Minister zur Einreichung seines Entlassungsgesuchs veranlaßt haben. —

Ueber eine Teuerungszulage für die Beamten und Staatsangestellten wurde ebenfalls am Sonnabend im Reichstag verhandelt. Die Zulage soll nach dem vom Staatsausschuß vorgelegten Entwurf 10 Proz. des Gehalts betragen, jedoch höchstens 500 Kr. und für alle Beamte und Angestellte, die nicht über 7000 Kr. Jahreseinkommen und keine freie Wohnung haben, in Betracht kommen.

Dieser Vorschlag wurde in der ersten Kammer nach kurzer Debatte angenommen, wogegen in der zweiten Kammer nach längerer Verhandlung 98 Stimmen dafür und 98 dagegen abgegeben wurden, und da der in solchem Fall ausschlaggebende versiegelte Zettel eine Nein-Stimme enthielt, wurde er hier abgelehnt. Trotzdem gilt die Annahme der Vorlage als gesichert, da die bevorstehende gemeinsame Abstimmung jedenfalls eine Mehrheit dafür aufweisen wird.

Diese eigentümliche Erscheinung, daß die erste Kammer eine einer großen Anzahl Unbemittelter zu gute kommende Vorlage annimmt und die zweite sie verwirft, ist unter andrem vor allem dem Umstand zuzuschreiben, daß die auskömmlichen Beamtengehälter bis zu 7000 Kr. mit erheblichen Zulagen bedacht werden.

Insgesamt werden die Teuerungszulagen eine Mehrausgabe von ungefähr 2¾ Millionen Kr. verursachen.

Oestreich-Ungarn.

Ungrisches Abgeordnetenhaus. In Beantwortung der Interpellation des Grafen Aladar Zichy in der Angelegenheit des Professors der Rechtsphilosophie Pikler versichert Unterrichtsminister von Wlassics auf Grund von Erklärungen Pikler's, derselbe habe die ihm zugeschriebenen Aeußerungen: „Ich werde die Begriffe Nation und Vaterland aus den Herzen der Jugend reißen“ und „Religion ist die Offenbarung menschlicher Beschränktheit“ oder ähnlich lautende Aeußerungen nie gethan. Der Minister führt weiter aus, zur Beruhigung könne er mitteilen, daß auch nach der Versicherung der Hörer solche Aeußerungen nie gefallen seien. Er versichert schließlich, daß er niemals zögern würde, gegen einen Professor, der die Staatsgesetze oder die Disciplin verletzt, einzuschreiten, andrerseits würde er aber mit eifersüchtiger Sorgfalt die Lehrfreiheit wahren, deren Seele die Geistesfreiheit sei. (Stürmischer Beifall rechts und auf der äußersten Linken.) Nach einer Erwiderung des Grafen Zichy wird die Erklärung des Ministers mit großer Majorität angenommen. —

England.

Ersatzwahl. In Monmouth wurde bei der Ersatzwahl zum Parlament der Konservative Lawrence mit 4604 Stimmen an Stelle des Konservativen Harris gewählt, dessen Wahl infolge Protestes für ungültig erklärt worden war. Der Radikale Spicer erhielt 4261 Stimmen. —

Frankreich.

Die Auszahlung der chinesischen Beutegelder ist, wie bereits telegraphisch gemeldet, wieder aufgenommen worden. Kriegsminister General Andrs soll seinen Einspruch zurückgezogen haben, da nach einem Artikel des Kriegsrechts der Generalstab und die Intendantur die erbeuteten Gegenstände zu schätzen, zu verkaufen und den Erlös an die Soldaten zu verteilen haben. Der Militär-Schriftsteller und Redacteur des „Jurnal des Debats“, Charles Malo, verurteilt die Nachgiebigkeit des Kriegsministers. Er schreibt u. a.:

„Wenn General André, statt zu leeren Ausflüchten zu greifen, wie ein Schüler, der einen Schnitzer begangen hat, die Gelegenheit wahrgenommen hätte, um zu erklären, der auf die Kriegsbeute bezügliche Artikel scheine ihm etwas veraltet, und er werde baldigst dessen Revision veranlassen, so wäre wohl jedermann mit ihm einverstanden gewesen. Es ist noch nicht lange her, daß man die Beute als das rechtmäßige Eigentum der „Kriegsleute“ betrachtete. Seitdem sind mildere militärische Sitten aufgekommen, und wie die Geschichtsschreiber von heute nicht mehr gleich denen, die uns in unsrer Jugend unterrichteten, es wagen würden, einen siegreichen General zu preisen, der unsre Museen durch Kunstgegenstände bereicherte, die er den Besiegten abnahm, so hat es für jedermann etwas Verletzendes, zu sehen, daß man unter Offiziere und Soldaten das Ergebnis von Razzias verteilt, die eine auffallende Aehnlichkeit mit dem haben, was man früher schlechtweg „Plünderung“ nannte. —

Spanien.

Die Unruhen in Barcelona sollen einen bedenklichen Grad erreicht haben. Die Madrider Korrespondenten mehrerer Berliner Blätter sprechen von einem regelrechten Aufstand der Arbeiter, die durch anarchistische und separatistische Elemente zu Excessen angestachelt worden seien. Die Arbeiter hatten sich bewaffnet, Fabriken mit Steinen beworfen, und Zollhäuschen und ein Polizeibureau demoliert. Bei den Zusammenstößen mit der Polizei seien am 7. mehrere Personen getötet worden. Wolffsche Telegramme berichten ebenfalls von großer Unruhe in Barcelona. Bürgergarde und Kavallerie hätten wiederholt einschreiten müssen. Der Ausstand der Straßenbahn-Bediensteten nehme einen immer größeren Umfang an. Anhänger der katalonischen Bewegung hatten eine Versammlung abgehalten, in der die Regierung angegriffen und gegen die Einheit Spaniens protestiert worden sei. Der Ministerrat verhängte den Belagerungszustand über die Stadt. Das Amtsblatt veröffentlichte am Mittwoch einen im Ministerrat am Dienstagabend gefaßten Beschluß, durch welchen die konstitutionellen Garantien für Barcelona aufgehoben werden.

Rußland.

Russische Wohlthätigkeit. Der Generalgouverneur hat den Senat aufgefordert, ca. 110 000 Rubel als Staatsunterstützung für russische Frauenschulen in Helsingfors zu bewilligen. Der Senat hat die Sache einem Ausschuß überwiesen. Eine „Russische Wohlthätigkeits-Gesellschaft in Finnland“ hat dem Generalgouverneur ihren Statutenentwurf eingereicht, der dann auch vom Senat genehmigt worden ist. Der Zweck der Gesellschaft ist, russische Schulen in Finnland, sowie arme in Finnland wohnende Russen zu unterstützen.

Verhaftungen. Um die bevorstehenden Mai-Demonstrationen zu vereiteln, hat die russische Regierung im April und besonders in den letzten Tagen dieses Monats sehr zahlreiche Verhaftungen vorgenommen, am zahlreichsten in Kiew (am 29. April nachts 122 Haussuchungen und Verhaftungen) und Petersburg (am 30. April 200 Verhaftungen). Wir sind in der Lage, schon jetzt die Namen der verhafteten Kiewer zu veröffentlichen: Die Studenten Woinewowitsch, Witer D., Sternberg, Filiz, Leontjeff D., Leontjeff A., Morschak, Tchlizki, Skarschinski Kowarsky, Trozky, Gebrüder Mjatelsky, Gebrüder Pawljuz, Kawenokij, Lipmann Gursky, Lingardt; die Journalisten Lunotscharsky und Lipmann; die Juristen Wasilenko, Maschinsky; Dr. phil. Kotouroff, Dr. med. Tubjonsky; Ingenieur Kosmin, Pharmaceut Kerkis und dann Wladimiroff, Spektor, Werenjeff, Butorin Beksadjon, Neumann, Samjatin, Andrejeff, Jewsejeff Fidrowsky, Choroschiloff, Leßmann, Leschzinsky, Winter Poljanin, Titschitoff, Meranloff, Bobrowsky u. a.

Von den Frauen sind verhaftet: Storoschewskaja, Kryntschkowitsch, Dimschitz, Paperne, Poljakowa, Aisenberg (Hebamme), Aisenberg (Dentistin), Osadtschaja, Witer R., Leontjewa u. a. —

Schutzmaßregeln gegen die Pest. Die Kommission zur Verhütung und Bekämpfung der Pest erklärte die Stadt Bassora in Mesopotamien für verseucht. —

Türkei.

Konstantinopel, 8. Mai. Die Botschafter der beteiligten Mächte haben an die Pforte Noten gerichtet, in welchen sie gegen den an Postsendungen verübten Gewaltakt energisch protestieren, die Pforte von nun an für allen aus derlei Gewaltakten entspringenden Schaden verantwortlich machen und sich weitere Schritte vorbehalten. Die Note, in welcher die Pforte die Aufhebung der fremden Postämter verlangt, wurde nicht beantwortet. Viele von den durch die türkische Postverwaltung verteilten Briefen der Sonntagspost waren geöffnet, und eine große Zahl der an türkische Adressen gerichteten Briefe beschlagnahmt worden. Es heißt, daß die türkischen Postverwaltungen in den Provinzen gleichfalls Auftrag erhalten hätten, die bei den fremden Postämtern einlaufenden und von diesen abgehenden Postsendungen zurückzuhalten. Es sind Zwangsmaßregeln für den Fall geplant, daß für die Verletzung der Rechte der fremden Postämter nicht in Bälde zufriedenstellende Genugthuung geboten wird.

Asien.

Die japanische Ministerkrise. Ein Reuter-Telegramm aus Yokohama meldet: Es gewinnt der Eindruck an Boden, daß Marquis Ito ein Ministerium unter Ausschluß des jetzigen Finanzministers Watanabe bilden werde. —

Der Boeren-Krieg.

General French

scheint ebenfalls vom Kriegsschauplatz abtreten zu sollen. Kürzlich hieß es bereits von ihm, daß er erkrankt sei, und jetzt wird gemeldet, daß er heftig an Malaria leide und sich auf dem Wege nach Kapstadt befinde. Einstweilen soll er nur einige Wochen Urlaub erhalten haben, doch pflegt einem derartigen Urlaub gewöhnlich die Heimreise zu folgen. General French war zweifellos einer der tüchtigsten und gewandtesten englischen Generale. Seine letzten Operationen im Osten Transvaals scheinen allerdings nur von geringen Erfolgen gekrönt gewesen zu sein.

Eine Bestätigung erhält diese Anschauung durch den telegraphischen Bericht eines Mitarbeiters der „Morning Post“ aus Pretoria vom 3. Mai, der den Zug Frenchs zum Teil mitgemacht hat. Dieser Bericht lautet:

Die Operationen, die General French im südöstlichen Transvaal ausführte, waren äußerst schwieriger Natur und scheinen nicht genügend gewürdigt worden zu sein. French hatte sich mit gewaltigen Transportmitteln zu versehen, um sein großes Heer verproviantieren zu können. Die Operationen wurden bei beständigen Regengüssen ausgeführt, welche die Wege in Schlammseen verwandelten, aus denen Bäume und Felsblöcke aufragten, und welche die Transportschwierigkeiten noch erheblich vermehrten. Die Wagen sanken wiederholt in den Schlamm ein, und an manchen Stellen waren drei Ochsengespanne erforderlich, um die vollen Wagen bergauf zu ziehen. Die Leute ertrugen, obgleich sie dem Wetter schutzlos ausgesetzt waren, alle diese Unbehaglichkeiten in guter Stimmung. Unter solchen Bedingungen ging es natürlich nur langsam vorwärts. Manchmal nahm das Durchschreiten einer Furt vier Tage in Anspruch. Mit dem Vorrücken der Truppen wurde das Land von Bewohnern und Vieh gesäubert. Tausende von Schafen, die den Kolonnen nicht zu folgen vermochten, kamen um. Diese Operationen wurden **trotz beständiger Belästigungen durch die Boeren** ununterbrochen ausgeführt. Viele Boeren legten die Waffen nieder und eine große Menge Munition wurde erbeutet. Kleine Abteilungen Boeren folgten General Smith-Dorieus Kolonne bis vier Meilen von Wonderfontein (dem Punkte, von dem er ausgegangen war und zu dem er wieder zurückkehrte).

Diese Darstellung erweckt den Eindruck, als ob die Truppen des Generals French mehr unter den Angriffen der Boeren gelitten hätten, als umgekehrt, die Boeren von General French. Wenn die englischen Truppen nur mit so schneckenartiger Langsamkeit vorwärts kamen, so ist es allerdings begreiflich, daß sie den Boeren nicht viel anhaben konnten. Die Gefangenen werden in ihrer Mehrzahl überhaupt keine im Felde stehenden Boeren gewesen sein. Auch das erbeutete Vieh stammte nicht aus den mitgeführten Vorräten der Boerenkommandos, sondern wurden einfach den Farmern weggenommen.

Milner über die Kriegslage.

Gouverneur Milner erklärte bei Gelegenheit einer Festlichkeit, es bestehe kein Grund dafür, daß die Bevölkerung Besorgnisse hege über den Ausgang des Kriegs. Kein Wandel, keine Schwäche in der Reichspolitik sei möglich; er sei fest überzeugt, daß die dauernde Beilegung des Streites nicht gefährdet sei; er verlasse Südafrika jetzt leichteren Herzens, als er es vor sechs oder selbst vor zwei Monaten hätte thun können.

Aus diesen Erklärungen geht nur die Zuversicht Milners hervor, daß der Krieg zu Ungunsten der Boeren enden werde, auf wirkliche Fortschritte der englischen Kriegsführung, die diesen Optimismus berechtigt erscheinen lassen, vermochte er nicht hinzuweisen.

Die Tages-Verlustliste

umfaßt für den 7. Mai 3 Tote, 20 Verwundete, 3 Vermißte, 30 an Krankheiten Verstorbene und 50 Schwerkranke.

* * *

London, 8. Mai. „Daily Telegr.“ berichtet aus Dentar: Die Boeren haben in der Umgegend von Cradock während der letzten drei Tage großen Schaden an den Eisenbahnen angerichtet.

* * *

Angebliche englische Erfolge.

Aus London wird vom 8. Mai gemeldet: Wie die Abendblätter aus Kapstadt melden, finden in Nord- und Ost-Transvaal größere Gefechte statt. Die Boeren erleiden schwere Verluste. 40 Boeren wurden bereits getötet, 200 verwundet und 160 ergaben sich. Zahlreiche Dokumente, Banknoten, 220 Wagen und 9000 Pferde (?) wurden erbeutet. Unter den Streitkräften der Boeren herrsche nach Meldungen der Blätter eine große Demoralisation.

Die Nachrichten scheinen sehr übertrieben zu sein. Was die Demoralisation der Boeren anlangt, so sind diese nach der englischen Darstellung schon seit vielen Monaten derartig demoralisiert, daß eigentlich moralisch nichts mehr an ihnen zu verderben ist.

Daß die Gesamtlage für die Engländer noch kritisch genug ist und Lord Kitchener noch mit einer längeren Kriegsdauer rechnet, beweist die Meldung, daß Kitchener die besetzten Stationen zu befestigen beabsichtige, um die Garnisonen vermindern und die dadurch frei gewordenen Truppen gegen den Feind verwenden zu können.

Nach Nachrichten von der Boerenseite sollen noch 24 000 Boeren im Felde stehen, darunter 7000 Kapholländer.

Parlamentarisches.

Aus der Petitionskommission.

Die gestrige Sitzung befaßte sich zuerst mit den zahlreichen Petitionen der **Frauenvereine**, welche eine einheitliche Regelung des Vereins- und Versammlungs-Gesetzes in Deutschland und der Anerkennung der Gleichberechtigung beider Geschlechter verlangen. Abgeordneter Müller-Meiningen beantragte, den Beschluß vom vorigen Jahre zu wiederholen und die Petitionen dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen. Abg. Krebs (k.) wollte den Frauen nur die Teilnahme an solchen Vereinen zugestanden wissen, in denen sie ihre Berufsinteressen wahren könnten. Die Genossen Thiele und Hoch sowie Abgeordneter Müller-Meiningen traten nochmals entschieden gegen diesen rückschrittlichen Antrag ein. Jakobskötter (kons.) befürwortet Uebergang zur Tagesordnung und will höchstens für den Antrag Krebs stimmen. Dieser platzte, nachdem sein Antrag nochmals von Thiele und Hoch bekämpft worden war, mit dem Geständnis heraus, es komme ihm und seinen Freunden darauf an, die Frauen vom politischen Leben fernzuhalten. Trotz aller Einwendungen wurde der Antrag Krebs gegen die drei socialdemokratischen Stimmen und eine freisinnige Stimme angenommen.

Neue Alpenbahn. Der Handels- und Gewerbeverein in Augsburg verlangt die Erbauung einer strategischen Bahn von Berlin über München, Garmisch, Ehrwald nach Bormio und Mailand. Die Bahn würde die Alpen beim Ortler überschreiten, Anschluß an die Oelbergbahn haben und eine Alpenbahn zwischen Brenner und Gotthard bilden. Die Regierungskommissare erklärten, daß Oestreich kaum geneigt sein werde, die Bahn zu bauen, da eine neue direkte Verbindung zwischen Wien und Triest geplant sei. — Die Petition wurde zur Erwägung überwiesen.

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags verhandelte in ihren letzten beiden Sitzungen über die Wahl des Abg. Boltz (Saarbrücken, natl.) im 5. Trierischen Wahlkreise. Gegen die Wahl lag ein Protest vor. Seiner Zeit waren Erhebungen beschlossen worden. Das Resultat derselben beschäftigte jetzt die Kommission. Während der Wahl war der ganze amtliche Apparat für den Kandidaten Boltz in Thätigkeit und fand eine weitverbreitete Kontrolle durch die Steiger und andre Beamte im Bergrevier statt. Der Referent beantragte Ungültigkeit der Wahl. Der Antrag wurde mit fünf gegen sechs Stimmen abgelehnt, da das Mitglied der freisinnigen Vereinigung, Abg. Ernst, mit der Mehrheit stimmte.

In der 9. Kommission des Reichstags wurde heute die Beratung des vom Centrum eingebrachten **„Toleranzantrags"** fortgesetzt und § 4 in folgender Fassung angenommen: „Die Abgabe der Austrittserklärung bewirkt, daß der Ausgetretene zu Leistungen, welche auf der persönlichen Zugehörigkeit zur Religionsgemeinschaft beruhen, nicht mehr verpflichtet wird. Leistungen, welche nicht auf der persönlichen Zugehörigkeit zur Religionsgemeinschaft beruhen, insbesondere Leistungen, welche kraft besonderen Rechtstitels auf bestimmten Grundstücken haften oder von allen Grundstücken des Bezirks oder doch von allen Grundstücken einer gewissen Klasse in dem Bezirk ohne Unterschied des Besitzers zu entrichten sind, werden durch die Austrittserklärung nicht berührt." Auf Antrag des Abg. Gröber (C.) wurde sodann folgender § 4a beschlossen: „Niemand ist verpflichtet, zur Befriedigung der Bedürfnisse einer Religionsgemeinschaft, zu welcher er nicht gehört, mittels Umlagen beizutragen, wenn nicht ein gemeinschaftlicher Genuß oder ein besonderes Rechtsverhältnis besteht." — Die folgenden §§ 5—10 des Centrumsantrags bilden einen besonderen Abschnitt „über die Religionsfreiheit der Religionsgemeinschaften". Diese Paragraphen wurden von den Antragstellern für diese Session zurückgezogen. Morgen Donnerstag soll die zweite Lesung der gefaßten Beschlüsse stattfinden und auch der vom Abg. Dr. Pichler verfaßte Bericht verlesen werden.

Die Schaumweinsteuer-Kommission hat in der zweiten Lesung die Steuer für Schaumwein und schaumweinähnliche Getränke von 50 auf 60 Pf. für jede Flasche erhöht. In erster Lesung war beschlossen worden, an Stelle der von der Regierung vorgeschlagenen ausschließlichen Kontrolle durch Steuerbeamte eine Kontrolle mittels Anbringung eines Steuerzeichens an den Umschließungen der Flasche erfolgen zu lassen. Die Regierung legte verschiedene Proben vor, wie sie sich die Anbringung eines Wertzeichens ausgeführt denkt, erklärte aber, daß sie keine der vorgelegten Proben für durchaus zuverlässig erachten könne. Seitens des Abg. Wurm (Soc.) wurde anschließend an die von ihm schon früher vorgeschlagene Kontrolle mittels Steuerzeichen beantragt, an Stelle der einheitlichen Steuer von 50 resp. 60 Pfennig eine Staffelsteuer einzuführen und zwar von 20 Pfennig für Schaumwein bis zum Wert von 1 M., von 40 Pf. von über 1 M. bis 2 M., von 70 Pf. von über 2 M. bis 3 M., von 1 M. von über 3 M. bis 4 M. und 1.30 M. bei Schaumwein im Werte von über 4 M. Principiell erklärte sich die Mehrheit der Kommission für diesen Vorschlag, hielt ihn aber technisch für nicht durchführbar, so daß er mit 18 gegen 6 Stimmen abgelehnt wurde. Darauf wurde auch von der Mehrheit der Kommission beschlossen, die Anbringung eines Steuerzeichens wieder fallen zu lassen und die von der Regierung vorgeschlagene Art der Kontrolle anzunehmen.

In der nächsten Sitzung wird voraussichtlich die Beratung des Schaumweinsteuer-Gesetzes zu Ende geführt werden.

Der patriotische Litauer, Reichstags-Abgeordneter für den 1. Wahlkreis des Regierungsbezirks Königsberg (Memel, Heydekrug), Smalakys, ist gestorben.

Smalakys besiegte 1898 in der Stichwahl den Grafen Waldersee, den jetzigen Weltmarschall.

Die Kriegsentschädigung.

Aus Peking wird gemeldet: Die Gesandten beschlossen, eine gemeinsame Note an China zu richten, in welcher sie mitteilen, daß der Gesamtbetrag der Entschädigungsforderung auf 450 Millionen Taëls festgesetzt ist, und in der sie um Mitteilung ersuchen, in welcher Weise China die Zahlungen zu bestreiten gedenke.

Die Antwort Chinas auf die Kollektivnote betr. die Entschädigungsfrage wird für Ende dieser Woche erwartet und wird wahrscheinlich den Vorschlag enthalten, die Entschädigung durch eine Erhöhung der Zölle aufzubringen. Es wird für wahrscheinlich erachtet, daß die Mächte in gewissem Maße einer solchen Maßregel zustimmen werden als Entgeld für Konzessionen von seiten Chinas, wie gänzliche Abschaffung der Likinabgaben, Regelung der Einfuhrzölle auf dem Goldfuße, wirklich freie Schiffahrt auf den Binnengewässern, Beseitigung der Schiffahrtshindernisse zwischen Taku und Wusung. Die Gesandten sind nicht in der Lage, zuzugeben, daß es wünschenswert sei, ganz China für den Handel und für Niederlassungen zu öffnen. Einige Gesandte sind der Ansicht, daß das bedeuten würde, von China zu verlangen, daß es eine zu große Verantwortlichkeit übernimmt, und daß es bei dem jetzigen Regierungssystem unmöglich sein würde, für die Sicherheit der zahlreichen Fremden zu bürgen, die in das Innere des Reichs strömen würden, wenn es ganz geöffnet werden sollte.

Die Entschädigungsfrage steht danach noch ganz auf dem alten Punkte.

Wieder ein Zwischenfall.

Die Römische „Tribuna" berichtet über einen ernsten Zwischenfall in China. Ein **russischer Offizier** erschien schwer betrunken vor der **italienischen Kaserne** und versuchte in sie einzudringen. Als die Wache ihn abwies, wurde er handgreiflich, worauf er durch die Wachmannschaft festgenommen wurde. Der italienische Admiral Candini verlangte und erhielt von dem russischen Kommandanten volle Genugthuung.

Eine auffallende Rede.

Die Pariser Ausgabe des „New York Herald" meldet aus Peking: Bei einem Feste, das der englische General Gaselee zu Ehren der amerikanischen Offiziere gab, hielt der amerikanische General Chaffee eine Rede, in der er u. a. sagte: „Mögen Könige, Minister und Politiker sagen, was sie wollen, ich kann mich dafür verbürgen, daß Amerikaner und Engländer niemals auf dem Schlachtfelde einander gegenüberstehen werden. Die internationale Politik mag das Bestreben haben, internationale Verwickelungen zu vermeiden, aber wenn die Umstände uns zwingen, zu wählen und Partei zu ergreifen, dann würden wir gewiß auf Seiten der Engländer stehen." Die Rede wird in englischen Kreisen lebhaft besprochen.

Die Rede trägt eine unverkennbare Spitze gegen Rußland. Inwieweit freilich der amerikanische General von seiner Regierung zu einer solchen Rede autorisiert war, entzieht sich jeder Beurteilung.

Partei-Nachrichten.

Genosse Dr. Bruno Schoenlank. Ueber die bereits kurz mitgeteilte Unterbringung des Gen. Schoenlank in eine Heilanstalt schreibt die „Leipziger Volkszeitung": Genosse Dr. Bruno Schoenlank, der langjährige Chefredacteur unseres Blatts, leidet seit dem Winter des vergangenen Jahres an einem schweren Nervenleiden. Eine Besserung, die zum Frühjahr eintrat und Genossen Schoenlank die Wiederaufnahme seiner redaktionellen Thätigkeit ermöglichte, sollte leider nicht von langer Dauer sein. Sein Leiden verschlimmerte sich in den letzten Tagen so sehr, daß er heute in eine Heilanstalt gebracht worden ist.

Die Maifeier in Italien ist bei weitem großartiger verlaufen, als es nach den ersten spärlichen Berichten scheinen mochte. Der „Wiener Arbeiter-Zeitung" geht ein längerer Bericht aus Rom zu, dem wir folgendes entnehmen:

Das italienische Proletariat hat mit imponierender Einmütigkeit und Ruhe seinen Festtag begangen. In der Hauptstadt wie in allen größeren Städten war die Arbeitseinstellung allgemein. Die Bäcker und Schlächter enthielten sich der Arbeit, so daß für den Bedarf der Garnison Soldaten im Schlachthof thätig sein mußten. Das Manifest der Parteileitung war allerorts angeschlagen. An der von der Arbeitskammer einberufenen Volksversammlung nahmen gegen 3000 Personen teil. Am Nachmittag zogen die Arbeiter ins Freie; de Felice und Genosse Ferri sprachen hier über die Bedeutung des Festes. Gewaltig haben sich die Demonstrationen in den industriellen Centren Oberitaliens gestaltet. In Turin wird die Zahl der Feiernden auf 50 000 angegeben. Von der Mailänder Arbeiterschaft enthielten sich 60 000 der Arbeit. Unter den großen Städten hat nur in Genua ein Umzug stattgefunden, von einer Großartigkeit, die auch nach Aussage der reaktionären Zeitungen noch bei keiner andren Demonstration erreicht wurde. Die Teilnehmer werden auf 40 000 geschätzt. Im Vorort von Genua, in Sestri Ponente, dessen Einwohnerschaft fast nur aus industriellem Proletariat gebildet ist, bestand der Festzug der Feiernden aus 8000 Personen. In Neapel war die Arbeitseinstellung allgemein, wie noch nie zuvor. Ueberall ist das Fest friedlich und würdig verlaufen. Kaum eine Stadt Italiens ist unberührt geblieben von der sonnigen Feiertagsstimmung, die über dem Tage lag. Die Nachrichten aus den Provinzen sind heute noch unvollständig, da nicht eine Zeitung in der ganzen Halbinsel am 1. Mai gedruckt worden ist, was in Italien besonders fühlbar ist, da alle Blätter an Sonn- und Feiertagen zu erscheinen pflegen.

Nicht bestätigt. Das großh. oldenburgische Staatsministerium hat die Neuwahl des Buchdruckereibesitzers Genossen Paul Hug zum Beigeordneten des Gemeindevorstehers zu Bant nicht bestätigt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Genosse Albert,** verantwortlicher Redacteur des „Sächs. Volksblatts" zu Zwickau i. S., ist zu 100 M. Geldstrafe verurteilt, weil er den „Crimmitschauer Anzeiger" beleidigt haben sollte. Dieses Blatt gehört zu denjenigen, die sich gar nicht genug thun können in der Beschimpfung der Socialdemokratie.

— **Herr Hotelbesitzer C. Berch** in Kolmar i. Pr. ersucht uns, öffentlich richtig zu stellen, daß er nicht, wie das wohl versehentlich von unsrem Posener Korrespondenten in einer Notiz über eine Gerichtsverhandlung gesagt war, ein Parteigenosse sei, sondern daß er nur unsrer Partei seine Lokalitäten zur Verfügung gestellt habe.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Polizeiliche Fürsorge. Zu diesem Kapitel bekam ich, so schreibt uns ein Leser, vor einigen Tagen einen rührenden Beweis. Ich bin seit einigen Wochen krank und benutzte meine Ausgehzeit zu einem Spaziergang, der mich in Rixdorf die Kaiser Friedrichstraße entlang zu der Laubenkolonie führte. Vor meinem kleinen Besitztum angelangt, stelle ich eben Betrachtungen über die Ertragsfähigkeit des märkischen Bodens und der Not der Landwirtschaft an, als ich plötzlich mir gegenüber vor der Northmannschen Nähmaschinenfabrik ein starkes Polizei-Aufgebot erblicke, vier bis fünf Schutzleute, an der Spitze ein Lieutenant. Was mag dort passiert sein? Zur Beantwortung der Frage kam ich nicht, denn schon eilt ein Beamter auf mich zu und bittet mich höflich, weiterzugehen. Ich erkläre ihm mein Verweilen, aber es hilft nichts, ich muß der Obrigkeit Folge leisten und fortgehen. Nachträglich ist mir erst meine Gefährlichkeit an dieser Stelle für das moderne Staatsgetriebe klar geworden. — Bei Northmann streiken die Arbeiter!

Die Lohnbewegung der Charlottenburger Schuhmacher. Nachdem die Schuhmachergehilfen sich auch hier mit der Meisterkommission über den einheitlichen Minimallohntarif geeinigt haben, muß alles versucht werden, die Tarife allgemein zur Anerkennung zu bringen. Zu diesem Zweck ist der Tarif von der Kommission jedem Meister zur Unterzeichnung vorgelegt worden. Insgesamt haben von 275 Meistern 208 den Tarif unterschrieben, 48 Meister dagegen die Unterschrift verweigert. Von den letzteren sind 23 Meister Inhaber von Besohlanstalten. Da anzunehmen ist, daß noch einige Meister zur Bewilligung des Tarifs bewogen werden könnten, so wurde in der am 6. Mai stattgefundenen Schuhmacherversammlung beschlossen, nach nochmaliger Rücksprache die Namen derjenigen zu veröffentlichen, die bei ihrer Ablehnung beharren. Ferner wurde beschlossen, alle diejenigen Meister, welche bewilligt haben, auf einer Liste bekannt zu geben, damit im Arbeitsnachweis der organisierten Schuhmacher nur an solche Meister vermittelt wird, welche die Forderungen der Gesellen anerkannt haben. Der Arbeitsnachweis befindet sich Bismarckstr. 74 bei Herrn Leder, und ist geöffnet mittags von 12—1 Uhr und abends von 8—9 Uhr. Alle Schuhmacher, ob Gesellen oder Meister, machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß, um unsren Errungenschaften auch den nötigen Nachdruck zu verleihen, nur unser Arbeitsnachweis zu benutzen ist.

J. A.: Die Ortsverwaltung des Vereins deutscher Schuhmacher.

Deutsches Reich.

Die Kupferschmiede in Hamburg sind nach einer telegraphischen Mitteilung bereits gestern in den Ausstand getreten, soweit nicht ihre Forderungen bewilligt sind.

Der Ausstand der Militäreffekten-Sattler in Barmen-Elberfeld ist durch Vergleich beendet. Vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts ist eine Vereinbarung zwischen den beteiligten Firmen und den Arbeitern getroffen worden, daß vom 1. Juli bis Ende des Jahres der Berliner Tarif Geltung haben soll; bis dahin soll nur für die Ausrüstung (95 M.) der Berliner Tarif zu Grunde gelegt werden. Die Löhne für das neue Gepäck werden noch bis Ende Juni nach einem revidierten Tarif gezahlt. Auf Grund dieser Vereinbarung wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Ein Vorurteil gegen organisierte Arbeiter enthält ein Beschluß des Amtsgerichts zu Leipzig, der kürzlich dem Töpfer Th. zuging, der unter außergewöhnlichen Umständen wegen angeblicher Beleidigung Arbeitswilliger zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden war. Dem Urteil folgte auch bald die Aufforderung zum Strafantritt. Diese beantwortete Th. mit einem Gesuch um Aufschub, das er damit begründete, er sei den ganzen Winter arbeitslos gewesen und in Not geraten; man möge ihn daher nicht aus der Beschäftigung reißen, sondern ihm gestatten, die Strafe in der schlechten Geschäftszeit abzubüßen. Darauf erfolgte der erwähnte Gerichtsbeschluß, der folgendermaßen lautet:

Das Gesuch um Strafaufschub wird abgelehnt, da die Zeit, bis auf welche er begehrt wird, zu unbestimmt angegeben, das Gericht übrigens nicht befugt ist, einen längeren als viermonatigen Strafaufschub zu bewilligen (§ 488[2] St.-P.-O.), auch, weil Antragsteller wegen Beschimpfung Arbeitswilliger verurteilt ist, die Annahme begründet erscheint, daß er die von ihm behauptete Arbeitslosigkeit durch eigene Verschuldung herbeigeführt hat.

Königliches Amtsgericht Leipzig.
Körner.

Daß ein Gericht selbst bezüglich einer Zeit, wo neun Zehntel der Töpfer arbeitslos waren, ohne jeden bestimmten Anlaß von einer selbstverschuldeten Arbeitslosigkeit ausgehen kann, kennzeichnet so treffend den Geist unter den sächsischen Richtern, daß ein Kommentar überflüssig wird.

Ausstand der Werftarbeiter in Tönning. Infolge der Maiaussperrung ist es in Tönning zu einem Ausstand sämtlicher Werftarbeiter gekommen.

Ausland.

Die Aushungerung der Streikbrecher. In der kleinen schwedischen Stadt Arlöf bei Malmö wird gegenwärtig ein heftiger Kampf gegen einen Fabrikanten geführt, der seine Arbeiter ausgesperrt hat, weil sie Mitglieder der Gewerkschaften sind. Nachdem es dem Herrn nach vielem Bemühen gelungen war, einige Streikbrecher anzuwerben, wurde von den organisierten Arbeitern eine Agitation unter den Einwohnern der Stadt entfaltet, und bald wollte keiner mehr den Streikbrechern ein Logis vermieten. Darauf ließ der Fabrikant Baracken für die Streikbrecher errichten. Aber auch das nützte nicht viel, denn nun weigerten sich alle Handeltreibenden Arlöfs und der Umgegend ihnen Nahrungsmittel zu verkaufen und selbst in Malmö gelang es dem Unternehmer nicht, Speise und Trank für die Streikbrecher aufzutreiben. Da wandte er sich nach Kopenhagen, und hier fand sich denn auch ein Hofbäckermeister, der 10 Säcke Brot für ihn lieferte. Das wird dem Herrn übrigens ziemlich teuer kommen, denn in Schweden liegt auf nahezu alle Lebensmittel ein Zoll.

Es ist das unsers Wissens das erstemal, daß man einen Fabrikanten durch regelrechte Belagerung zur Vernunft zu bringen sucht.

Sociales.

Die Aerzte der Bamberger Orts-Krankenkasse haben ihren Vertrag gekündigt, weil der Vorstand beschlossen hat, einen Vertreter des Naturheilverfahrens zur Behandlung der Kassenmitglieder grundsätzlich zuzulassen. Sie verlangen nun Abschluß eines neuen Vertrags und für jeden Gang ein Honorar von 1 Mark. Ihr Vorgehen begründen die Aerzte mit §§ 626 und 628 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, worin jedem Vertragsteil das Recht zum sofortigen Rücktritt zugesprochen wird, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. In den Kreisen der Orts-Krankenkasse ist man der Ansicht, daß nur der Richter zu entscheiden habe, was ein wichtiger Grund sei, und daß dann der Unterliegende schadenersatzpflichtig sei. Es besteht die Neigung, auf die Kündigung mit der Aufhebung der freien Aerztewahl zu antworten und nötigenfalls auswärtige Aerzte herbeizuziehen.

Der Achtuhr-Ladenschluß ist in Brandenburg a. H. für sämtliche Geschäfte der Manufaktur- und Bekleidungsbranche zur Einführung gelangt. Von den 136 in Betracht kommenden Ladeninhabern der Stadt hatten sich 98 Firmen zustimmend zum Achtuhr-Ladenschluß geäußert, einige sich der Abstimmung enthalten, eine geringe Anzahl ihre Ablehnung zu erkennen gegeben. Jetzt hat der Regierungspräsident den von der großen Mehrheit gewünschten früheren Ladenschluß durch Ortsstatut bestimmt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die Pareigenossen, welche nach Birkenwerder Ausflüge unternehmen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß dort der **Restaurateur Ebel** (an der Bahn) auf das schwerste unter den Polizeizuständen zu leiden hat. Seitdem Herr Ebel sein Lokal der Arbeiterschaft zur Verfügung stellt, ist die Behörde in üblicher Weise durch Entziehung der Tanzkonzession und durch Einschränkung der Polizeistunde gegen ihn eingeschritten. Es ist Ehrenpflicht namentlich der Berliner Parteigenossen, zu zeigen, daß die Socialdemokratie mächtiger ist, als derartige Ordnungsmaßnahmen; und daher werden Private und parteigenössische Vereine dringend ersucht, bei Ausflügen sich des schwer bedrängten Restaurateurs Ebel in Birkenwerder zu erinnern. Die Lokalkommission.

Adlershof. In der heutigen Versammlung des Wahlvereins spricht Dr. Roesemeyer über sociale Reise-Erlebnisse in Italien. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Ober-Schöneweide. Der „Arbeiter-Bildungs-Verein" hält Sonnabendabend 8½ Uhr bei John, Wilhelminenhofstr. 18, seine Mitgliederversammlung ab. Vortrag des Genossen Hoffmann über: „Wohin steuern wir?"

Gerichts-Zeitung.

Schmutzige Wäsche. Die Fehde zwischen dem Rechtsanwalt Dr. Siegfried Rosenstock und dem Kaufmann Max Arendt, die bereits im Juli v. J. in mehrtägiger Verhandlung vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I Berlin zum Austrag gebracht wurde, erfuhr eine nochmalige Erörterung vor dem Landgericht zu Potsdam, vor dem heute Termin anstand. In der früheren Verhandlung hatten sich außer Arendt noch der praktische Arzt Dr. Georg Merzbach, Redacteur Eugen Reißer, der Verleger des „Kleinen Journal", Dr. Leon Leipziger und der Redacteur Max Schievelkamp wegen Beleidigung des Dr. Rosenstock zu verantworten. Die Vorgeschichte dieses Prozesses, der besonders in Anwaltkreisen großes Aufsehen erregte, sei kurz wiedergegeben. Rechtsanwalt Dr. Rosenstock war der Vormund des entmündigten Ernst Renz. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft reichte er eine Strafanzeige gegen Arendt ein, den er des Wuchers, des vollendeten und versuchten Betrugs beschuldigte. Die Voruntersuchung wurde eröffnet und Arendt in Haft genommen. Er blieb etwa einen Monat in Haft, dann wurde das Verfahren gegen ihn eingestellt und er wieder auf freien Fuß gesetzt. Schon aus dem Gefängnisse heraus und auch später hatte Arendt gegen Dr. Rosenstock Anzeige wegen wissentlich falscher Anschuldigung, Betrugs und Untreue erstattet. Auch diese Anzeige hatte keinen Erfolg, denn das gegen Dr. Rosenstock eingeleitete Verfahren wurde durch Verfügung des Staatsanwalts wieder eingestellt.

Nach längerer Zeit erschien im „Kl. Journal" ein Artikel, der schwere Angriffe gegen Dr. Rosenstock enthielt. Es wurde behauptet, daß Dr. R. in dem Ehescheidungsprozesse einer Frau Cohn, die er vertrat, es verstanden habe, den Ehemann Cohn in eine Falle zu locken, ihn des Ehebruchs zu überführen und dadurch zu erzielen, daß Cohn als der schuldige Teil erklärt und verurteilt wurde, seiner früheren Ehefrau eine Entschädigungssumme von 5000 Mark zu zahlen. Nach einer eingehenden Schilderung, wie Dr. R. dies bewerkstelligt habe, wurde das Bedauern darüber ausgedrückt, daß ein Anwalt, der an einem königlichen Landgericht zugelassen sei, solche

unzulässigen Mittel anwende, um das Recht zu beugen. Es wurde Anklage erhoben und vom Gerichtshof wurde Arendt zu drei Monaten Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe, Dr. Merzbach zu 50, Reitzer zu 200, Dr. Leipziger zu 500 und Schievelkamp zu 200 M. Geldstrafe verurteilt.

Gegen dies Erkenntnis haben sämtliche Angeklagte mit Ausnahme des Dr. Merzbach, Revision angemeldet und das Reichsgericht hat das erste Urteil aufgehoben mit der Begründung, daß die vom Landgericht I Berlin in betreff des Vorwurfs der Kuppelei festgestellten Thatsachen nicht hinreichend gewürdigt seien. Die nochmalige Verhandlung wurde dem Landgericht zu Potsdam überwiesen. Der Prozeß findet im Schwurgerichtssaale statt. Landgerichtsrat Rademacher führt den Vorsitz, die Anklagebehörde vertritt der Erste Staatsanwalt Wagner. Der Angeschuldigte Arendt wird von den Rechtsanwälten Morris und Dr. Oskar Meyer, Dr. Leipziger vom Rechtsanwalt Dr. Schwindt, die Angeschuldigten Reitzer und Schievelkamp werden vom Rechtsanwalt Dr. Werthauer verteidigt. Der Beleidigte, Rechtsanwalt Dr. Rosenstock, ist als Nebenkläger zugelassen, ihm stehen Justizrat Aßmy-Potsdam und Rechtsanwalt Horwitz-Berlin als Rechtsbeistände zur Seite. Der Präsident eröffnet die Sitzung um 9 Uhr. Es sind gegen 50 Zeugen geladen, von den Verteidigern sind noch eine Anzahl Zeugen geladen, auf die in der früheren Verhandlung nicht Bezug genommen wurde. Auch von den Vertretern des Nebenklägers werden Anträge gestellt, welche darauf hinzielen, daß Zeugen geladen werden sollen, welche Thatsachen über angebliche Beeinflussung von Zeugen seitens der gegnerischen Partei mitteilen sollen. Der Erste Staatsanwalt beantragte, wegen Gefährdung der guten Sitten während der ganzen Verhandlung die Oeffentlichkeit auszuschließen. Die Verteidiger widersprachen diesem Antrage, während Justizrat Aßmy und Rechtsanwalt Horwitz dringend für Ausschluß der Oeffentlichkeit eintraten und an den Vorsitzenden die Bitte richteten, nur zweien vom Nebenkläger Dr. Rosenstock mitgebrachten Stenographen die Anwesenheit während der Verhandlung zu gestatten. Rechtsanwalt Morris widersprach auch diesem Antrage und fand hierbei die Unterstützung des Ersten Staatsanwalts. Der Gerichtshof beschloß, während der ganzen Verhandlung die Oeffentlichkeit auszuschließen. Auch den Stenographen wurde der Zutritt verwehrt.

Wir werden uns auf Wiedergabe des Urteils beschränken müssen.

Die Liebe des Prinzen von Weimar. Vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I stand gestern Termin zur Hauptverhandlung der Strafsache Milpacher und Genossen an. Als Angeklagte wurden aus der Untersuchungshaft vorgeführt: die Schauspielerin Alice Milpacher, der Zimmervermieter Friedrich Eger und der Redacteur Ludwig Barth. Den Vorsitz im Gerichtshof führte Landgerichtsdirektor Rösler, die Anklage wurde vom Oberstaatsanwalt Dr. Isenbiel und Staatsanwalt Fugge vertreten, die Verteidigung führten die Rechtsanwalte Bronker, Dr. Schwindt und Dr. Meyerstein. Es waren nur sieben Zeugen zur Stelle, unter ihnen Lieutenant v. Griesheim und Kunstmaler Frhr. v. Stenglin. Die Anklage lautete auf versuchten Betrug bezw. versuchte Erpressung. Vor Eintritt in die Verhandlung beantragte Oberstaatsanwalt Dr. Isenbiel den Ausschluß der Oeffentlichkeit. Der Ausschluß wurde bis zur Urteilsverkündigung beschlossen. — Es handelt sich bekanntlich um eine gegen die Erben des verstorbenen Prinzen Bernhard von Sachsen-Weimar-Eisenach, bezw. dem jetzigen Großherzog von Sachsen-Weimar unternommene Aktion. Die Angekl. Milpacher, welche s. Z. in der Bernburgerstraße und später am Kurfürstendamm wohnte, hatte im Jahre 1899 intimere Beziehungen zu dem damals in Potsdam bei den Garde-Ulanen stehenden Prinzen Bernhard, von dem sie monatliche Geldzuschüsse zu ihrem Lebensunterhalt bezog. Als der Prinz am 1. Oktober 1900 gestorben war, mußte sie ihre Wohnung aufgeben und bezog ein möbliertes Zimmer bei dem Angeklagten Eger, der in der Jägerstraße 13 eine Pension betrieb. Sie sah sich durch den plötzlichen Tod ihres Wohlthäters aller ihrer Hoffnungen für die Zukunft beraubt und trat nun mit der Behauptung hervor, daß ihr der Prinz wiederholt eine Summe von 40 000 M. für den Fall versprochen habe, daß das Verhältnis aufhören sollte. Obgleich sie keinerlei Rechtsansprüche an die Erben des Prinzen hatte, wandte sie sich an den Bruder des Verstorbenen, den damaligen Erbgroßherzog Wilhelm Ernst, malte ihm in einem Briefe ihre durch den Tod des Prinzen eingetretene Notlage aus und erhielt auch etwas Geld aus Weimar zugeschickt. In einem weiteren Briefe an den Erbgroßherzog behauptete sie, daß sie von dem Angeklagten Eger ein Darlehn von 12 000 M. erhalten, dafür zwei Wechsel über je 6000 Mark acceptiert und der verstorbene Prinz Bernhard die Bürgschaft für diese Schuld übernommen habe. In diesem Brief kamen schon leise Hinweise auf Vermeidung öffentlicher Auseinandersetzungen vor. Die Kommission, der die Erbschaftsregulierung des Prinzen Bernhard übertragen worden war, lehnte jede Zahlung ab. Nach dem Mißlingen dieses Versuches richtete die Angeklagte Milpacher an die Mutter des Prinzen Bernhard, die verwitwete Frau Erbgroßherzogin Pauline von Sachsen-Weimar-Eisenach, ein Schreiben, in welchem sie wieder die Behauptung aufstellte, der Prinz habe ihr eine Abfindungssumme von 40 000 M. versprochen. Die hiesige Polizei verwarnte darauf auf Ersuchen aus Weimar die Milpacher, das großherzogliche Haus nicht weiter zu belästigen. Nunmehr bemächtigte sich der Angeklagte Barth der Angelegenheit. Dieser wohnte gleichfalls bei Eger. In einem angeblich von der Milpacher „aus freiem Antriebe" an ihn gerichteten Briefe teilte sie dem Angeklagten Barth die Sachlage mit und erklärte, daß sie nur noch bis zu einem bestimmten Termin Rücksicht nehmen könne, dann aber event. selbst die Hilfe des Kaisers anrufen würde. Den Inhalt dieses Briefs teilte der Angekl. Barth brieflich dem inzwischen zur Regierung gekommenen Großherzog Wilhelm Ernst mit, spielte sich als Vertreter internationaler Blätter auf, sprach von Vermeidung öffentlichen Skandals 2c. 2c. Für den Fall der Auszahlung der 40 000 M. hatte sich Barth von der Milpacher die Summe von 5000 M. versprechen lassen. — So der Thatbestand. Die schon vorbestrafte Milpacher ist 28 Jahre alt und in Ober-Kaphein, Kreis Heilsberg geboren. Der Angeklagte Friedrich Eger, ein Mann, der auf den Rennplätzen recht bekannt war, ist vor einer Reihe von Jahren wegen Sittlichkeitsverbrechens vorbestraft. Ludwig Barth, der „Kammerrat" und Redacteur der Zeitschrift „Das gute Herz", ist 40 Jahre alt, ungrischer Staatsangehöriger und zu Arad in Ungarn geboren. — Die Vernehmung der Angeklagten war sehr eingehend, diejenige der Milpacher war bis Mittag noch nicht beendet.

Der Oberstaatsanwalt beantragte gegen die Angeklagte Milpacher ein Jahr sechs Monate Gefängnis, gegen Eger neun Monate, gegen Barth ein Jahr Gefängnis und zwei Jahre Ehrverlust. — Rechtsanwalt Bronker stellte die Verurteilung der Angeklagten Milpacher wegen versuchten Betrugs anheim, bestritt aber aus thatsächlichen und juristischen Gründen das Vorliegen einer versuchten Erpressung. Die Rechtsanwalte Dr. Schwindt und Dr. Meyerstein beantragten die völlige Freisprechung der beiden männlichen Angeklagten, die aus zahlreichen psychologischen Gründen die Angaben der Milpacher über das ihr von dem Prinzen gemachte Versprechen durchaus für wahr hätten halten können und ihr nur ihren Beistand in der Geltendmachung ihrer vermeintlichen Rechte geliehen hätten. — Um 10 Uhr abends setzte der Vorsitzende einen Termin zur Urteilsverkündigung auf Dienstag, den 14. d. M. vormittags 11 Uhr fest.

Das Radfahren bei Hundekehle. Der Rechtsanwalt Remling war am Sonntag den 16. September 1900 abends nach 7 Uhr über ein Stück Chaussee im Grunewald in der Nähe des Restaurants Hundekehle gerabelt, wo nach einer Polizeiverordnung vom 20. Juni 1900 an Sonntagen das Radfahren verboten ist. Eine dort befindliche Tafel macht auf das Verbot aufmerksam. Infolge der Dunkelheit hatte R. die Aufschrift des Schilds nicht lesen können. R. erhielt eine Geldstrafe, wurde aber in zweiter Instanz mit folgender Begründung freigesprochen: In letzter Linie wäre hier die Oberpräsidial-Ordnung vom 12. Januar 1900 maßgebend. Danach könnten die Wege-Polizeibehörden das Befahren bestimmter Straßen 2c. mit Fahrrädern verbieten oder beschränken. Weiter seien aber danach deutlich lesbare Tafeln mit einem Hinweis auf das Verbot an bestimmten Stellen anzubringen. Es verstoße also nur derjenige gegen ein solches Verbot der Wegepolizei, dem durch eine deutlich lesbare Tafel das Verbot zur Kenntnis gekommen sei. Solche Tafeln erfüllten ihren Zweck, die Radfahrer aufmerksam zu machen, nur so lange sie deutlich lesbar seien. Im vorliegenden Fall sei dies wegen der abendlichen Dunkelheit unmöglich gewesen: Der Angeklagte hätte darum freigesprochen werden müssen. — Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hat jetzt das Kammergericht die Vorentscheidung aufgehoben und die Sache zu nochmaliger Verhandlung an das Landgericht zurückverwiesen. Begründend wurde ausgeführt: Es komme nicht darauf an, ob die Tafel jederzeit deutlich zu lesen gewesen sei, sondern darauf, ob sie bei normaler Beleuchtung mit normaler Sehschärfe gelesen werden könne. Der Vorderrichter habe dies nachzuprüfen und je nach der Feststellung freizusprechen oder zu verurteilen.

Versammlungen.

In der Versammlung des Wahlvereins für den sechsten Wahlkreis, die am Dienstag in Schneiders Gesellschaftshaus stattfand, hielt Abg. Baudert einen Vortrag über „Die Poesie im Dienste der Freiheit." Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen, eine Diskussion dagegen nicht beliebt. Am Schluß der Versammlung wies der Vorsitzende noch auf den über 14 Tage stattfindenden Vortrag Dr. Weyls über die Reform des Krankenversicherungs-Gesetzes hin.

Die Arbeitsverhältnisse in den Warenhäusern wurden am Dienstag in einer sehr stark besuchten Versammlung des Centralverbands der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter beleuchtet. Der Verbandsvorsitzende Schumann referierte über diese Angelegenheit. Er betonte, daß der von ihm vertretene Verband keineswegs gegen die Warenhäuser an sich etwas einzuwenden habe, da diese im Wirtschaftsleben der Gegenwart eine notwendige Einrichtung seien. Thatsache sei, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Angestellten in den Warenhäusern bessere sein können, als in den kleinen Geschäften, womit aber noch nicht gesagt sei, daß dies in allen Warenhäusern schon heute der Fall wäre. Es gebe in Berlin Warenhäuser, deren Arbeiter nicht ungünstig gestellt seien. Zu diesen gehöre das Wertheimsche. Aber es gebe auch Warenhäuser, deren Angestellte bei einem Anfangsgehalt von 85 M. Arbeit leisten müssen, die in gar keinem Verhältnis zu diesem niedrigen Gehalt stehe. Manche Warenhäuser, die ihre Geschäfte um 8 Uhr schließen, pflegen dann noch den Hausdienern 3—4 Kommissionen zur Besorgung zu übertragen. Solche Verhältnisse seien natürlich nicht geeignet, die Handels-Hilfsarbeiter zu unbedingten Fürsprechern der Warenhäuser zu machen. Nach diesen allgemeinen Darlegungen wandte sich der Redner gegen die im Warenhause von Hermann Tietz herrschenden Arbeitsverhältnisse der Geschäftsdiener. Kein Geschäft sei mit so großem Tamtam eröffnet worden wie das Tietzsche. Ein zahlreiches Personal sei unter nicht allzu ungünstigen Bedingungen engagiert worden. Viele der Handels-Hilfsarbeiter glaubten zu Weihnachten, sie würden bei Tietz eine Lebensstellung haben, aber diese Hoffnung habe sich durch die nachfolgenden Ereignisse als trügerisch erwiesen. Bereits einige Wochen nach der Eröffnung des Geschäfts habe das Personal — wie einige Fachblätter sagten — reduziert werden müssen. Als in der Weihnachtszeit ein Teil der Tietzschen Geschäftsdiener die Bezahlung der Ueberstunden verlangen wollten, riet ein andrer Teil ihrer Kollegen, die 27—28 M. Lohn hatten, davon ab, mit dem Hinweis auf die erhoffte Lebensstellung. So sei denn zu jener Zeit von morgens 8 bis abends 10, 11, ja 12 Uhr ohne besondere Vergütung gearbeitet worden.

Nach Neujahr seien dann zahlreiche Kündigungen erfolgt, und in neuerer Zeit seien wieder zahlreiche Entlassungen vorgenommen worden. Die Zahl der Entlassenen stehe nicht fest, man spreche von 200. Herr Tietz habe bei der Eröffnungsfeier seines Geschäfts davon gesprochen, daß der Kaufmann nicht nur seine eignen Interessen zu verfolgen, sondern auch sociale Aufgaben zu erfüllen habe, indem er die Erzeugnisse des Gewerbefleißes, auf die nicht nur die bürgerlichen Kreise Anspruch hätten, den breiten Schichten des Volks zugänglich mache. Mit diesen Anschauungen stimme es schlecht überein, wenn jetzt Hausdiener mit einem Lohn von 18 M. bei Tietz eingestellt werden, denn ein so niedriger Lohn reiche ja kaum zur Bestreitung der notwendigsten Lebensbedürfnisse aus. Es werfe auch ein eigentümliches Licht auf die socialen Anschauungen des Herrn Tietz, daß bei den Entlassungen besonders die im Centralverband organisierten Geschäftsdiener herausgesucht worden seien. Ein Spitzelsystem sei im Hause Tietz eingeführt worden, um die Organisierten ausfindig zu machen. Verschiedenen Angestellten sei von den Vorgesetzten gesagt worden, sie sollten aus dem Verbande austreten, wenn ihnen ihre Stellung lieb ist. Aber nicht nur seien die Organisierten aus dem Geschäft herausgebracht worden, sondern man habe auch gleichzeitig die Löhne herabgesetzt. An Stelle von organisierten Geschäftsdienern, die 24 M. Lohn erhielten, seien Unorganisierte mit 18 M. eingestellt worden. Einer dem Redner zugegangenen Mitteilung zufolge habe der Inspektor des Hauses Tietz Aufnahmescheine für den Verein Berliner Hausdiener unter den Angestellten verbreitet, und wer diese Zettel zurückwies, der sei auf die Liste der zu Entlassenden gesetzt worden. Eine unwürdige Rolle habe in dieser Angelegenheit der Verein Berliner Hausdiener gespielt. Der Arbeitsvermittler dieses Vereins solle sich, wie glaubhaft mitgeteilt worden sei, nach langen Verhandlungen mit der Firma Tietz bereit erklärt haben, dem Geschäft Hausdiener für einen Lohn von 18 Mark zuzuweisen. — Der Redner schloß mit der Bemerkung, daß auch die Firma Tietz in Zukunft mit dem Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter werde rechnen müssen, wie es heute schon verschiedene große Geschäfte und nicht zu ihrem Nachteil thun.

Dem mit großem Beifall aufgenommenen Referat folgte eine längere Diskussion, in der einige Mitglieder der Verbandsleitung die Ausführungen Schumanns in jeder Hinsicht bestätigten. Ein Vertreter des Vereins Berliner Hausdiener bestritt, daß dessen Arbeitsvermittler sich erboten habe, Geschäftsdiener für 18 M. zu beschaffen, daß er mit der Firma Tietz verhandelt habe, sei richtig. — Ein kaufmännischer Angestellter der Firma Tietz, der aber nicht im Auftrage der Firma, sondern nur aus eignem Antriebe das Wort nahm, führte den erhobenen Anschuldigungen gegenüber aus, die Darstellungen des Referenten seien übertrieben. Man habe aus einer Mücke einen Elefanten gemacht. Nur ein kleiner Teil der Hausdiener habe zu Weihnachten länger gearbeitet. Bei der Eröffnung des Geschäfts sei die Firma von Arbeitsuchenden in großer Zahl bestürmt worden, und um die Leute nicht abzuweisen, habe man wohl mehr als nötig eingestellt. Es seien viele unlautere Elemente darunter gewesen, die nach und nach wieder entlassen worden seien. Redner könne sich nicht denken, daß man gerade die Mitglieder des Centralverbands mit Entlassungen bedacht habe. Er wisse hierüber nichts und es gehe ihn auch nichts an. Im allgemeinen sei das Personal der Firma Tietz gut gestellt. Wenn das Geschäft die jetzt bestehende Krisis überwunden habe, dann würden die Leute auch wieder besser bezahlt werden. Der Chef könne doch nicht für alles, was im Geschäft passiert, verantwortlich gemacht werden. Wenn der Firma billiges Personal zur Verfügung stehe, könne man es ihr nicht verdenken, wenn sie solches einstelle. — Die nachfolgenden Redner wiesen darauf hin, daß der Verteidiger der Firma Tietz nur mit allgemeinen Redewendungen operiert habe, womit er die vorgeführten Thatsachen nicht habe entkräften können.

Schumann hielt in seinem Schlußwort die im Referat gemachten Angaben in vollem Umfang aufrecht. Er bemerkte, daß auch die Tietzschen Geschäfte in München und Köln nach dem Princip verfahren, keine Organisierten zu beschäftigen. Auch den Ausführungen des Vertreters des Vereins Berliner Hausdiener gegenüber blieb der Referent bei dem, was er von diesem Verein gesagt hatte, und betonte, der Verein Berliner Hausdiener werde vom Verbande bekämpft, weil derselbe keine Vertretung der Interessen der Arbeiter sei. — Es wurde eine Resolution angenommen, in der sowohl das Verhalten der Firma Tietz als des Vereins Berliner Hausdiener verurteilt und die Ortsverwaltung des Verbands aufgefordert wurde, der Bevölkerung Berlins von dem Gebahren des Hauses Tietz Kenntnis zu geben.

Der Centralverband der Maurer hielt am Dienstag bei Keller, Koppenstraße, eine Generalversammlung aller zum Vertragsgebiete Berlin und Umgegend gehörigen Zahlstellen ab. Nach einem Bericht von Pauser über die Mai-Aussperrung, aus dem zu entnehmen war, daß von den ca. 6000 zur Zeit beschäftigten Verbandsmitgliedern 1758 der Maifeier wegen ausgesperrt worden sind, wurde folgende Resolution beschlossen: 1. Die Mai-Maßregelung ist infolge des Feenpalast-Beschlusses als unterstützungsberechtigte Maßregelung anzusehen und die Betroffenen mit 8 M. vom ersten Tage ab zu unterstützen. 2. Die Unterstützung für die vorige Woche ist am Mittwoch- und Donnerstagabend von 8 bis 10 Uhr in den Verkehrslokalen gegen Quittung auszuzahlen. Die Kollegen, die ihre Unterstützung später geltend machen, erhalten dieselbe im Bureau. 3. Unterstützung erhalten nur diejenigen Mitglieder, welche sich eine Kontrollkarte gelöst haben. Die Anzahl der Stempel giebt die unterstützungsberechtigten Tage an. Kollegen, welche schon am 1. Mai abgereist und deshalb im Besitz einer Karte nicht sind, erhalten vorläufig keine Unterstützung, erbringen sie jedoch den Beweis, daß sie außerhalb waren und nicht gearbeitet haben, so sind die Beweise zu prüfen und hat die Vertretersitzung nach genauer Prüfung über die Unterstützung dieser Kollegen zu entscheiden." — Außerdem wurde beschlossen, daß für diejenigen Zahlstellen, welche nur einen geringen Lokalfonds haben, die Unterstützung der Mai-Gemaßregelten vom Berliner Streikfonds gezahlt wird. — Hierauf wurde ein Schreiben von der Vereinigung der christlichen Maurer verlesen, in welchem diese wünscht, daß ihr eine Vertretung in der Achtzehner-Kommission zugestanden wird. Der Vorsitzende dieser Vereinigung begründete diesen Antrag noch persönlich damit, daß die christlichen Maurer dem Vertrag, obgleich derselbe so schlecht ist, zugestimmt und infolgedessen Anspruch darauf hätten, in der Achtzehner-Kommission vertreten zu sein. In der Diskussion wurde das bisherige, oftmals sehr unsolidarische Verhalten der sogenannten christlichen Organisation kritisiert und darauf hingewiesen, daß man gerade deshalb kein besseres Vertragsverhältnis erzielen konnte, weil der strammen Unternehmer-Organisation keine einheitliche geschlossene Organisation der Arbeiter gegenübersteht. Würde dem christlichen Verband auch noch eine solche Konzession zugestanden, so wäre dies eine durchaus unangebrachte Begünstigung dieser Sonderorganisation, die für die Maurer keine Vorteile schaffen, sondern nur schädigend wirken könne. Nachdem noch darauf hingewiesen, daß die christliche Vereinigung so unbedeutend ist und prozentual eine so geringe Mitgliederzahl aufweist, daß sie berechtigte Ansprüche überhaupt nicht machen kann, wurde der Antrag einstimmig abgelehnt und die aus neun Mitgliedern bestehende Verbandsleitung mit der Vertretung der Maurer in der Achtzehner-Kommission betraut. Als Stellvertreter wurden gewählt: Silberschmidt, Lemm, Bömelburg, Gröppler, Muck, Raabe, Woide, Strauß und Magschenz. Nach einer längeren Diskussion über einzelne Vertragsbestimmungen gelangte schließlich noch ein Antrag zur Annahme, wonach vom 18. Mai ab 50 Pf. pro Woche an den Streikfonds abzuführen sind.

Die Steinarbeiter hielten am 7. Mai eine öffentliche Versammlung ab, in der Walther zunächst für das Vierteljahr Januar bis März abrechnete. Die Einnahme betrug 910,40 M., wozu ein älterer Bestand von 1816,23 M. kommt. Dieser Gesamteinnahme von 2726,63 M. steht eine Gesamtausgabe von 988,16 M. gegenüber, so daß am 1. April ein Bestand von 1738,47 M. verblieb. Unter den Ausgaben befinden sich 546,75 M. als Beitrag für die Geschäftsleitung. Reise-Unterstützung erhielten 77 Kollegen. Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die Maßregelungen von der Maifeier. Ausgesperrt wurden etwa 50 Steinarbeiter, eine Anzahl davon nur für einen Tag, andre für drei Tage und 21 gänzlich. Ein Teil der letzteren ist abgereist. Nach längerer Debatte beschloß die Versammlung, den Verheirateten eine Gemaßregelten-Unterstützung von 3 Mark, den Unverheirateten eine solche von 2,50 Mark pro Tag zu gewähren. Die Kollegen, welche am 1. Mai gearbeitet haben, wurden durch Beschluß verpflichtet, je 2 Mark zur Unterstützung der Gemaßregelten zu zahlen. — Die Konferenz für Schlesien, die an den Pfingstfeiertagen in Löwenberg stattfindet, soll durch einen Delegierten beschickt werden. Als solcher wurde Hirte gewählt, und zu seinem eventuellen Stellvertreter bestimmte man Walther. — Es wurde schließlich noch ein Komitee mit der Veranstaltung eines Sommerfestes betraut und beschlossen, daß die Kommission, welche seiner Zeit mit der Erledigung der Sache Otto Walther beauftragt worden war, sich damit noch einmal beschäftigen solle. Walther erklärte darauf, daß er jene Angelegenheit für erledigt halte und jede Beteiligung an einer nochmaligen Erörterung derselben ablehne. — Die Gemaßregelten-Unterstützung wird am Sonnabend ausgezahlt.

Waidmannslust. Am Sonntag hielt der Wahlverein hier seine Generalversammlung ab. Genosse Laukow sprach über: „Platonischen und urchristlichen Kommunismus". Dem Vortrag folgte eine kurze Diskussion. Der Bericht des Vorstands ergab, daß die Mitgliederzahl im letzten Quartal von 121 auf 158 gestiegen ist. Bei der Neuwahl wurde Schönefeld als Vorsitzender gewählt. Zum Vertrauensmann wurde Adam gewählt. Die neuen Statuten wurden mit einigen Abänderungen angenommen und beschlossen, neue Mitgliederbücher anfertigen zu lassen. Um den Grundstein zu einer Bibliothek zu legen, wurden 38 M. bewilligt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

London, 8. Mai. (W. T. B.) Die Konferenz der **Bergarbeiter** des vereinigten Königreichs beschloß, eine **allgemeine Arbeitseinstellung nicht zu empfehlen.** Falls die Grubenbesitzer in irgend einem Distrikt die Löhne herabsetzen, soll eine allgemeine Konferenz einberufen werden, um darüber zu beschließen, ob die Arbeiter sämtlicher Bergwerke in den Ausstand treten sollen.

London, 8. Mai. (Lloydmeldung aus Kingston-Jamaica.) Der **deutsche Dampfer „Schleswig"** ist von der Landspitze von Galina auf Jamaica **gestrandet.**

Brüssel, 8. Mai. (W. T. B.) Die socialistische Linke der Repräsentantenkammer hielt heute eine Versammlung ab und beschloß einstimmig, die Gesetzesvorschläge der Regierung hinsichtlich der **Kongo-Konvention abzulehnen.**

Havre, 8. Mai. (W. H.) Die **Schiffsjungen** haben beschlossen, in den **Generalausstand** einzutreten und forderten die Kameraden in den anderen Häfen auf, sich ihnen anzuschließen. Das Nordgeschwader hat Befehl erhalten, nach Havre abzugehen, um, wenn nötig, Ersatzmatrosen zu landen.

Barcelona, 8. Mai. (W. H.) Hier fanden **massenhaft Verhaftungen** statt. In verschiedenen Straßen sind Barrikaden errichtet, Truppen halten die bevölkertsten Stadtteile besetzt. Jeden Augenblick fallen Schüsse. Die Einwohner haben sich in die Keller geflüchtet. Die Regierung sandte Truppenverstärkungen nach hier ab. Für heute abend werden weitere Zusammenstöße befürchtet.

Washington, 8. Mai. (Meldung des „Reuterschen Bureaus".) Die leitenden Marinebehörden richteten ihre Aufmerksamkeit auf die Vorteile der **Erwerbung einer der Azoren-Inseln als Kohlenstation** und Sammelpunkt für die Marine und dringen in die Regierung, Schritte zu thun, um hierauf hinzielende Rechte von Portugal zu erlangen.

Pretoria, 8. Mai. (Meldung des „Reuterschen Bureaus".) Eine Kolonne, die nach Durchquerung der Distrikte von Roossenekal und Tolesburg aus Middelburg in Belfast eingetroffen ist, hatte auf ihrem Marsche nur ein ernstes Gefecht, bei der Gelegenheit als sie die Boeren aus Verstecken vertrieb, in denen sie ihre Familien verborgen hatten. **Botha** und **Viljoen** haben ihre Kommandos vereinigt und **halten Carolina besetzt.**

Verantwortl. Redacteur: **Heinrich Wetzker** in Gr.-Lichterfelde. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin

Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt

Nr. 107. 18. Jahrgang. **Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt.** Donnerstag, 9. Mai 1901.

Reichstag.

91. Sitzung vom Mittwoch, den 8. Mai 1901; nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Graf Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die **dritte Beratung des Weingesetzes.**

In der Generaldiskussion erhält das Wort

Abg. **Schmitt**-Mainz (C.):

Ich habe in der zweiten Lesung gegen die Kellerkontrolle gestimmt, werde aber trotzdem heute in der Gesamtabstimmung das Gesetz annehmen mit Rücksicht darauf, daß es in der That einen erheblichen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand bedeutet.

Abg. **Wallenborn** (C.)

spricht sich für das Verbot des Verschnitts von Weißwein mit Rotwein zum Zweck der Herstellung von Rotwein aus.

Abg. Dr. **Deinhardt** (natl.) spricht sich in demselben Sinne aus.

Abg. **Schüler** (C.): Wir begrüßen das Gesetz als einen erfreulichen Fortschritt. Gegen den Verschnitt des Weißweins mit Rotwein müssen auch wir uns entschieden aussprechen.

Abg. **Preiß** (Els.): Der großen Majorität der Weinbauer kommt das Gesetz sehr wenig entgegen. Wir sind Puristen und wollen den Deklarationszwang für alle Zusätze, die zu dem Naturwein gemacht werden als auch für den Zusatz von Zuckerwasser. Unsre weitgehenden Forderungen haben wir aber zurückgestellt, da wir anerkennen müssen, daß dies Gesetz gegenüber dem jetzigen Zustand eine Verbesserung bedeutet.

Abg. **Hilpert** (wild, bayr. Bauernbund): Das Gesetz erfüllt zwar nicht alle Forderungen der Weinbauer, wir werden ihm aber als einer Abschlagszahlung zustimmen.

Abg. **Wintermayer** (frs. Vp.): Wenn auch meine Freunde viel gegen die Kontrollbestimmungen einzuwenden haben, so werden auch wir trotzdem nicht gegen das Gesetz stimmen.

Abg. **Lucke** (B. d. L.): Ich hatte gewünscht, daß die Weinpantscherei nicht mit Geldstrafe oder Gefängnis, sondern mit Geldstrafe und Gefängnis bestraft würde.

Abg. **v. Schele**-Wunstorff (Welfe): Meine Freunde werden gegen das Gesetz stimmen, denn es leistet nur wieder der Socialdemokratie Vorschub, indem es die kleinen Winzer ins Lager der Unzufriedenen treibt.

Abg. **Gräfe** (Antis.) bedauert, daß das Verbot des Verschnitts von Weißwein mit Rotwein nicht in das Gesetz selbst aufgenommen worden ist.

Abg. **Röllinger** (Els.) erklärt, für das Gesetz stimmen zu wollen.

Damit schließt die Generaldiskussion. Auf Antrag des Abg. Dr. Blankenhorn (C.) wird das Gesetz in der Specialdiskussion en bloc angenommen. Hierauf wird das Gesetz auch in der Gesamtabstimmung mit großer Mehrheit angenommen.

Die Kommission beantragt folgende **Resolution:**

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag baldmöglichst den Entwurf eines Reichsgesetzes vorzulegen, welches die Ueberwachung des Verkehrs mit Nahrungs- und Genußmitteln nach Maßgabe der bestehenden Reichsgesetze durch Bestellung besonderer Beamten hierfür einheitlich regelt."

Abg. **Schmitt**-Mainz (C.) beantragt, die Resolution so zu fassen, daß verlangt wird, baldmöglichst ein Reichsgesetz vorzulegen, welches die Ueberwachung des Verkehrs mit Nahrungs- und Genußmitteln auf Grund der bestehenden Reichsgesetze nach einheitlichen Grundsätzen durch Bestellung besonderer Beamten hierfür regelt.

Staatssekretär Graf **Posadowsky**

betont, daß die Durchführung der Kontrolle auf jeden Fall Sache der Landesregierungen bleiben müsse.

Abg. **Wurm** (Soc.):

Wenn auch die Durchführung der Kontrolle Landessache bleibt, so müssen doch die Beamten nach einer einheitlichen Methode vorbereitet und geprüft werden. Ich fürchte, der schon so häufig ausgesprochene Wunsch des Reichstags wird auch diesmal unerfüllt bleiben. Wenn ich mich täusche, um so besser. Der Worte sind genug gewechselt, laßt uns nun endlich Thaten sehn! (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Die Resolution wird hierauf in der Fassung des Antrags Schmitt (C.) angenommen.

Drei weitere Resolutionen werden auf Antrag des Abgeordneten Schmidt-Elberfeld (frs. Vp.) von der Tagesordnung abgesetzt.

Es folgt die zweite Beratung des von dem Abg. Gröber (C.) eingebrachten Gesetzes betreffend Abänderung des Artikel 32 der Reichsverfassung (**Diäten** [Anwesenheitsgelder] und **freie Eisenbahnfahrt.**

Berichterstatter ist der Abg. Bassermann (natl.).

Artikel 32 erhält nach dem Vorschlag der Kommission folgende Fassung:

„Die Mitglieder des Reichstags erhalten aus Reichsmitteln während der Legislaturperiode und zwar so lange der Reichstag versammelt ist, sowie acht Tage vor Eröffnung und acht Tage nach Schluß desselben, freie Fahrt auf den Eisenbahnen und für die Dauer ihrer Anwesenheit in Berlin Anwesenheitsgelder in Höhe von zwanzig Mark für den Tag. Der Anwesenheit in Berlin steht es gleich, wenn der Abgeordnete durch Arbeiten für den Reichstag verhindert ist, in Berlin anwesend zu sein.

Von den Anwesenheitsgeldern werden die Tagegelder abgerechnet, welche ein Mitglied des Reichstags in seiner besonderen Eigenschaft als Mitglied eines deutschen Landtags für dieselbe Zeit bezieht.

Die näheren Bestimmungen erläßt der Präsident des Reichstags."

Abg. **Gröber** (C.):

Die Fassung der Kommission unterscheidet sich nur unwesentlich von unserm ursprünglichen Antrag, wir werden daher für sie stimmen. — Es wird immer behauptet, daß Fürst Bismarck sich gegen Gewährung von Diäten unbedingt ausgesprochen habe. Das ist falsch. Fürst Bismarck hat vielmehr seiner Zeit erklärt, wenn sich Mißstände aus der Diätenlosigkeit ergeben sollten oder wenn sich aus der Handhabung des neuen Wahlgesetzes keine Gefahr für die Einführung von Diäten ergeben sollte, dann bleibt es einer späteren Gesetzgebung unbenommen, Diäten einzuführen. (Hört! hört! im Centrum.)

Fürst Bismarck hat vor allem deshalb nicht Diäten gewähren wollen, um nicht Berufsparlamentarier aufkommen zu lassen und möglichst kurze Tagungen zu ermöglichen. Wie steht es nun mit der Länge der Tagungen unter der Diätenlosigkeit? In den Jahren 1867—1876 betrug die durchschnittliche Dauer der Sessionen 81 Sitzungstage, von 1877—1884 97 Sitzungstage, von 1885—1892 136 Sitzungstage und für den Zeitraum von 1893 bis jetzt hat sich die Durchschnittsdauer auf 194 Tage erhöht. An dieser Länge der Sessionen ist einzig und allein die natürliche Entwicklung der Aufgaben des Deutschen Reichs schuld. Auch die Aufgaben des Bundesrats haben sich im Laufe der Zeit wesentlich vermehrt. Gerade deshalb aber, weil die Aufgaben des Reichstags größer geworden sind, ist auch die Frage der Entschädigung eine umso dringendere. Ich hoffe, daß der Bundesrat endlich seine Stellung in dieser Frage ändern wird.

Abg. Dr. **v. Levetzow** (k.):

Meine Freunde werden samt und sonders **gegen** die Fassung der Kommission stimmen. **Unter meinen Freunden weiß ich keinen, der deshalb öfter hier erscheinen würde, weil er dafür bezahlt würde.** (Unruhe links.)

Lediglich die Pflicht ist das Moment, welches uns hierher zieht. Ich fürchte gerade, daß nach Einführung der Diäten sich die Abgeordneten, die nicht kommen, damit beruhigen werden, daß sie ja auf die Anwesenheitsgelder verzichten. Gegen die Durchführbarkeit der Diätenzahlung haben wir ja auch eine Reihe von Bedenken, wenn auch nebensächlicher Natur. Wie soll die Präsenz festgestellt werden? Sollen die Staats- und Kommunalbeamten, die Abgeordnete sind, neben ihrem Gehalt noch Diäten beziehen? Wie weit soll der Kreis der Vororte gezogen werden, die zu Berlin gehören? usw. usw. Der Hauptgrund ist aber für uns ein principieller. **Wenn Sie die Diätenlosigkeit beseitigen, bringen Sie den Reichstag auf das niedrigste Niveau einer demokratischen Volksvertretung.** (Große Unruhe links.) Wir wollen nicht demokratisieren, deswegen werden wir gegen die Vorlage stimmen.

Abg. **Singer** (Soc.):

Der Herr Vorredner begann mit der Zurückweisung der Diäten für die konservative Partei. Ich wünschte, **daß die Herren Konservativen dieselbe Unnahbarkeit gegen Zuwendungen aus der Reichskasse auch bei andern Gelegenheiten, zum Beispiel bei den Liebesgaben aus der Branntweinsteuer, bei der Erhöhung der Kornzölle, der Verteuerung des Fleisches usw. zeigen möchten.** (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Der Herr Vorredner hat bis auf den letzten Grund seine Gründe gegen die Anwesenheitsgelder als nebensächlich bezeichnet. Ich muß ihm durchaus recht geben. Wer die Frage der Entschädigung der Abgeordneten von so untergeordneten Gesichtspunkten betrachtet, wie es der Vorredner thut, kann möglicherweise zu einem Standpunkt kommen, wie ihn der Vorredner einnimmt. Aber die Frage ist nicht von so untergeordneter Bedeutung, es ist überhaupt keine Frage des persönlichen Interesses. Es ist eine Insinuation, die man den Abgeordneten macht, wenn man behauptet, daß die Diäten auf Grund der persönlichen Wünsche der Einzelnen gefordert werden. Die Diätenfrage ist eine Frage der Würde des Reichs. Der Vorredner hat dann Fragen angeregt, wie die Kontrolle der Anwesenheit ausgeübt, wie die Vororte behandelt werden sollen usw. Das sind doch alles ganz untergeordnete Dinge, für die man die Zeit des Reichstags gar nicht in Anspruch nehmen sollte. Er hat auch von der Möglichkeit gesprochen, daß z. B. Staats- und Kommunalbeamte ihr Gehalt neben den Diäten bekommen könnten. Was machen denn die konservativen Herren Landräte im Landtage? Wenn man in dieser Beziehung ein Scherbengericht etablieren wollte, dann hätten die Herren Konservativen vor ihren Thüren so viel zu kehren, daß sie mit sich selbst gerade genug zu thun hätten. Den eigentlichen Grund der Konservativen gegen die Zahlung von Diäten hat Herr v. Levetzow ja erst zuletzt vorgebracht. — Meine Partei hat stets für die Bewilligung von Diäten gestimmt, aber wir haben stets betont und wiederholen es heute, daß es uns nie einfallen wird, die Gewährung von Diäten an die Reichstags-Mitglieder in Verbindung treten zu lassen mit einer Einschränkung des Wahlrechts, mit einer Herabsetzung der Beschlußfähigkeitsziffer, mit einer Abänderung der Geschäftsordnung überhaupt. Solche Wünsche liegen im Interesse bestimmter reaktionärer Parteien. Das hat auch Herr v. Levetzow zum Ausdruck gebracht, indem er behauptete, durch die Diätengewährung verwandle sich das Niveau des Reichstags, in das nach seiner Meinung niedrige Niveau eines bezahlten Reichstags. Ich will mit ihm nicht darüber streiten, welches Niveau niedriger ist, das Niveau der **Karikatur einer Volksvertretung,** wie es zum Beispiel der **preußische Landtag** ist (Große Unruhe rechts), oder das Niveau des Reichstags. (Glocke des Präsidenten.)

Vicepräsident **Büsing:**

Ich muß den Herrn Redner unterbrechen. Sie haben davon gesprochen, daß der preußische Landtag eine Karikatur ist. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. **Singer** (Soc., fortfahrend):

Es ist ein starkes Stück, daß hier im Reichstage die konservative Partei durch ihre Redner aussprechen lassen kann, daß ein auf demokratischer Basis gewähltes Parlament eine parlamentarische Körperschaft sei, die auf niedrigem Niveau stehe. Ich bin der Meinung, daß gegenüber dem geltenden Wahlrecht, auf Grund dessen der Reichstag gewählt ist, die Auffassung des Herrn v. Levetzow nicht stark genug zurückgewiesen werden kann. Nach unsrer Meinung ist es das höchste Niveau, welches eine Volksvertretung überhaupt einnehmen kann, wenn die Abgeordneten gewählt sind durch das Vertrauen der Mitbürger. Ich kann mir kein niedrigeres Niveau denken als dasjenige eines Parlaments, welches indirekterweise oder gar durch Ernennung der Fürsten zusammengetreten ist. (Sehr gut, bei den Socialdemokraten.)

Meine Freunde werden für den Antrag der Kommission stimmen. Ich muß aber bei dieser Gelegenheit auf die Stellung des Bundesrats zu der Angelegenheit noch kurz eingehen. Es ist ja erfreulich, daß heute die Bänke des Bundesrats etwas besetzter sind als das sonst bei derartigen Anträgen aus dem Hause der Fall zu sein pflegt. Vielleicht verdanken wir das nur dem Zufall, daß der Antrag nicht an einem sogenannten Schwerinstag verhandelt wird. Aber es ist doch ein erfreuliches Zeichen, und ich knüpfe daran die Hoffnung, daß die Herren im Bundesrat durch das lebende Wort, das sie heute hören, in die Lage versetzt werden, im Bundesrat die Sache wirksamer zu vertreten als bisher. Der **Widerstand des Bundesrats gegen den Diätenantrag ist ja ganz unbegreiflich.** Der gesetzgebende Faktor, **dessen Mitglieder hohe Diäten bekommen, verweigert dem andren verfassungsmäßig gleichberechtigten Faktor dasjenige, was er selbst für sich in Anspruch nimmt.** (Sehr gut! bei den Socialdemokraten und im Centrum.) Die Herren vom Bundesrat müssen doch auch zu der Ueberzeugung kommen, daß die Länge der Sessionen großenteils dadurch verursacht wird, daß ihre Arbeit in der Gesetzesfabrikation so überaus fruchtbar ist. Allerdings bekommt ja auch der Bundesrat durch die Arbeit des Reichstags recht viel zu thun. Das geht schon daraus hervor, daß er oft Jahre braucht, um die einfachsten Beschlüsse des Reichstags zu erledigen. Es wird in der Presse behauptet, daß der Bundesrat der Gewährung von Diäten einen erheblichen Widerstand entgegensetzt. Ferner wird behauptet, daß auch andre Kreise ihrer Abneigung gegen Diäten Ausdruck gegeben haben. Namentlich wird ja in der Presse behauptet, daß ein als redselig bekannter Mund Veranlassung genommen hat, in recht drastischer Weise sich über diese Dinge auszusprechen. Ich meine, wir sollten doch die Gelegenheit benutzen, um das, was in der Presse nach der Richtung hin ausgesprochen ist, hier einer Erwiderung zu unterziehen. Ich bewundere es, daß die Möglichkeit gegeben ist, daß in der Presse solche Aeußerungen abgedruckt werden, die **eine solche Nichtschätzung der gesetzgebenden Versammlung Deutschlands bekunden,** daß wir uns nicht ernstlich und scharf genug dagegen verwahren können. Die Preßorgane, die sich in letzter Zeit mit diesen Dingen befaßt haben, haben sich zum Sprachrohr von Ansichten, die sie selbst als die ihrigen übernommen haben, gemacht, die derartig sind, daß sie der Ehre und der Würde des deutschen Reichstags ins Gesicht schlagen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Auf Grund der Hochachtung, welche man an allen Stellen, und mögen es die höchsten sein, dem deutschen Volke und der deutschen Wählerschaft schuldet, müssen wir uns verwahren gegen derartige Aeußerungen, die über den deutschen Reichstag gemacht werden. Es handelt sich hier nicht darum, daß irgend ein Mann in Deutschland der Meinung ist, daß er keine Diäten geben wolle; das wird von keiner Person verlangt, sondern von der Reichskasse, von denjenigen, die die Gelder, welche die deutschen Steuerzahler aufzubringen haben, verwalten. **Und so gut aus dem Gelde der deutschen Steuerzahler die Privatschatullen der deutschen Fürsten gefüllt werden, so gut kann man auch verlangen, daß die deutschen Volksvertreter für die Arbeit, die sie leisten, entsprechend ihrem Zeitaufwand entschädigt werden.** Aus allen diesen Gründen ist es Ehrenpflicht des Reichstags, durch Annahme des Kommissionsantrags zu zeigen, daß er, um ein neuerdings bekannt gewordenes Wort zu gebrauchen, **aus Kerls besteht, die sich nicht einschüchtern lassen.** (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten und links.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky:**

Ich will nicht auf den Gegenstand eingehen, der hier zur Verhandlung steht, dazu habe ich keine Veranlassung. Ich muß aber gegenüber den Ausführungen des Herrn Vorredners eine allgemeine Bemerkung machen. Ich meine, die Vertretung eines großen Volks muß sich stets gegenwärtig halten bei der Verhandlung ihrer Geschäfte, daß sie auf einer staatsrechtlichen Grundlage beruht und nur aus staatsrechtlichen Gesichtspunkten ihre Geschäfte führen muß. Ich wünschte, daß bei Verhandlung aller öffentlichen Fragen auch in der deutschen Presse stets nur die staatsrechtlich maßgebenden Gesichtspunkte zur Geltung gebracht werden. **Es ist deshalb außerordentlich bedauerlich, daß immer mehr in der Oeffentlichkeit der Gebrauch einreißt, auf Grund unwürdiger Zwischenträgereien selbst die Träger der höchsten Gewalten im Reiche in die Debatte zu ziehen und darauf Behauptungen** zu gründen, die absolut unwahr und erfunden sind, und ich nehme hiermit diese Gelegenheit wahr, zu erklären, daß natürlich diese Gerüchte, die eben vom Herrn Vorredner angedeutet sind, **auf Erfindung beruhen und unwahr sind.** (Hört! hört! und Bravo! rechts.)

Abg. Graf **Arnim** (Rp.):

Die Diätenzahlung würde abhängige Leute schaffen, wir aber sind stolz auf unsre Unabhängigkeit. (Lachen links.) Ich gebe Herrn v. Levetzow recht: der Reichstag steht auf einem höheren Niveau, wenn er seine Arbeit als ehrenamtlich betrachtet. (Lachen links.) Wenn Sie den Kreis der Leute, die eine Wahl annehmen können, durch Diätenzahlung erweitern wollen, so würde dann eine Jagd nach Mandaten entstehen, die schädigend für die Unabhängigkeit der Volksvertretung ist. Alle anständigen Leute würden sich dann hüten, in den Wahlkampf einzugreifen. (Lachen links.) Jede kleine Interessengruppe würde ihren Kandidaten stellen in der Hoffnung, diesem Mann hier in Berlin eine angenehme Existenz zu sichern. (Stürmisches Gelächter links und im Centrum.) Ich weiß ja, daß Ihnen nicht angenehm ist, was ich sage. Das hindert mich aber nicht, meine Meinung auszusprechen. Schon jetzt haben wir viel zu viel Stichwahlen. Bei Diätenzahlung würden noch viel mehr entstehen. Wir sollten dem Beispiel Englands folgen und nicht dem Beispiel aller übrigen Parlamente Europas. Nirgends hat sich das Parlamentsleben so gesund entwickelt wie in England. Und dort wird die Frage der Diätenzahlung als nicht diskutabel betrachtet. Durch Diäten würden wir nur Berufsparlamentarier züchten, die Fürst Bismarck für einen wesentlichen Schaden erklärt hat. Ziehen Berufsparlamentarier hier ein, dann würden sich die Sessionen unendlich in die Länge ziehen. Die Anwesenheitsgelder sind eine Prämie auf lange Sessionen. (Lachen links.) Die Sessionen würden vom 1. Januar bis zum 31. Dezember dauern. Das Interesse an endlos langen Sessionen würde wachsen, und die endlos langen Reden, die jetzt schon (zu den Socialdemokraten) hier gehalten werden, würden sich noch vermehren. Zweitens behauptet man, die Tagegelder sollen das Allheilmittel gegen die Beschlußunfähigkeit sein. Die Beschlußunfähigkeit aber kann nur durch Aenderung unsrer Geschäftsordnung bekämpft werden. Erst wenn dies Mittel versagt, kann der Weg der Anwesenheitsgelder in Erwägung gezogen werden. Für diese Session kann von Anwesenheitsgeldern überhaupt nicht die Rede sein. Ich würde die Anwesenheitsgelder zurückweisen, (Lachen links.) denn meine Wähler haben mir das Mandat als Ehrenamt anvertraut. Der Präsident soll nach dem Entwurf auch feststellen, ob ein Abgeordneter bei seiner Abwesenheit von Berlin mit Arbeiten für den Reichstag beschäftigt ist, und wenn er dann zu Hause fleißig ist, soll er auch Anwesenheitsgelder bekommen. Da sollte man doch lieber von Abwesenheitsgeldern sprechen. Entweder wird diese Kontrolle durch den Präsidenten unwirksam sein, oder zu einer Chikane werden, der sich keiner wird unterwerfen wollen. Wenn Sie so die Präsenz erzielen wollen, dann kommen Sie auf die Kontrolluhr des Nachtwächters, der alle Stunden den Zeiger weiter rückt, um damit zu beweisen, daß er da ist. Die Beschlußfähigkeit kann nur dadurch gesichert werden, daß wir bei gewissen Lesungen nach dem Beispiel Englands die Zahl der Abgeordneten, die für die Beschlußfähigkeit erforderlich sind, herabsetzen. Würde Fürst Bismarck, wenn er heute unter uns wäre, ohne Kompensationen die Anwesenheitsgelder bewilligen? Ich bestreite dies. Ich glaube, an der Verfassung sollte nicht so ohne weiteres gerüttelt werden. Sie (nach links) haben doch alle Veranlassung, daß Wahlrecht hoch zu halten; wenn Sie aber mit Aenderungen anfangen, können **andre Leute auch anfangen, Vorschläge auf Abänderung des Wahlrechts zu machen.** (Hub, hub! links.) Unser Parlament steht höher als jedes andre Parlament Europas. Bei uns werden die Geschäfte noch im allgemeinen ruhig erledigt und zu Thätlichkeiten ist es noch nicht gekommen (Stürmische Heiterkeit), während sie doch in allen andren Parlamenten schon vorgekommen sind. Ich empfehle als Mittel gegen die Beschlußunfähigkeit eine Revision der Geschäftsordnung, und muß Ihnen sagen, daß ein Teil meiner Freunde gegen die Anwesenheitsgelder stimmen wird. Ich hoffe, daß der Bundesrat sich auch in diesem Fall wieder ablehnend verhalten wird. (Schwaches Bravo! rechts.)

Abg. **Büsing** (natl.):

Namens meiner politischen Freunde habe ich zu erklären, daß wir wünschen, daß die Frage einer Entschädigung der Reichstagsmitglieder — sei es in der Form der Diäten, sei es in der Form der Anwesenheitsgelder — endlich gelöst und aus der Welt geschafft wird. Diäten sind eine alte liberale Forderung und meine Fraktion tritt für diese Forderung ein. Ich ergreife diese Gelegenheit, um sofort zu betonen, daß meine politischen Freunde es entschieden ablehnen, die Gewährung von Diäten von irgend einer Gegenleistung, sei es auf dem Gebiet des Wahlrechts, sei es auf dem Gebiet der Geschäftsordnung, abhängig zu machen (Bravo! links.) Ich bedaure es auf das tiefste, daß Herr von Levetzow hier behauptet hat, durch die Gewährung von Diäten würde das Niveau des Reichstags herabgesetzt werden. Damit hat Herr von Levetzow ein Urteil gesprochen über alle übrigen deutschen Volksvertretungen — selbst über die von Mecklenburg (Große Heiterkeit) —, denn selbst dort bekommt ein Teil der Abgeordneten, die Landstände, Diäten. Ich bedaure, daß das Niveau des Reichstags, das ich nicht hoch genug anschlagen kann, irgend wie in Zusammenhang gebracht worden ist mit der Gewährung von Diäten.

Einige meiner Freunde haben Bedenken gegen Einzelheiten des Entwurfs. Aber sie setzen diese Bedenken zurück, um keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß wir alle mit dem Grundgedanken des Gesetzes einverstanden sind. Meine politischen Freunde werden deshalb geschlossen für das Gesetz stimmen. (Bravo! bei den Natl.)

Abg. Dr. **Müller**-Sagan (freis. Vp.):

Meine Freunde sind nicht gewillt, die Diäten mit Vollsrechten irgendwelcher Art kompensieren zu lassen. Diese Frage überhaupt zu diskutieren, halte ich des deutschen Reichstags unwürdig. Die Gewährung von Diäten soll auch nicht den einzelnen Abgeordneten, nicht den Gewählten, sondern den Wählern zu gute kommen. Diese erhalten dadurch einen größeren Kreis von Personen für die Kandidatur zur Auswahl, und die Garantie, daß das Mandat auch gewissenhaft ausgeübt wird. Das sind für uns

die beiden ausschlaggebenden Gründe für die Bewilligung von Diäten, Graf Arnim hat das Abgeordnetenhaus mit seinen Bemerkungen, daß die Gewährung von Diäten das Niveau des Reichstags herabsetzen und eine förmliche Jagd nach Mandaten hervorrufen würde, weit mehr herabgesetzt, als es Herr Singer mit dem vom Präsidenten gerügten Ausdruck gethan hat. Danach müßten ja die Landräte in Preußen die besten Jäger sein. (Große Heiterkeit.) Wir würden uns gar nicht getrauen, eine solche Unterstellung hier auszusprechen. Die Herren, die sich im Lande rühmen, die Vertreter des Mittelstands zu sein, müßten doch gerade für die Diäten eintreten, wie das ja auch die „Deutsche Tageszeitung" gethan hat. Freilich, Herr Oertel schweigt heute. (Ruf des Abg. **Oertel:** Ich habe mich bereits zum Wort gemeldet!) Ich konnte das nicht annehmen, da Herr v. Levetzow erklärt hat, daß seine Freunde samt und sonders gegen den Antrag der Kommission stimmen würden. Sie glauben doch im Ernst nicht, daß die Diätenlosigkeit einen Damm gegen die Socialdemokratie bedeutet. Sehen Sie sich nur die Opferfreudigkeit in den Arbeitermassen an. Wenn im Bürgertum und im sogenannten Mittelstand eine gleiche Opferfreudigkeit herrschte, dann sähe es etwas anders aus, nicht nur im Reichstag, sondern auch im preußischen Landtag. Mir gehen die Vorschläge der Kommission nicht weit genug, namentlich in Bezug auf die freie Eisenbahnfahrt nicht. Ich würde auch Diäten den Anwesenheitsgeldern vorziehen, aber ich werde für den Antrag der Kommission stimmen, denn ich habe das volle Vertrauen zu dem Präsidenten, daß er die Kontrolle so vornehmen würde, daß kein Mitglied des Hauses sich verletzt fühlen könnte. Die Gewährung der Diäten ist nicht eine Beschränkung, sondern eine Erfüllung der Reichsverfassung. Sie setzen die Wähler besser in den Stand, ihren Willen bei der Auswahl der Kandidaten zum Ausdruck zu bringen. Eine Volksvertretung, die auf Grund des allgemeinen direkten Wahlrechts gewählt ist, steht, auch wenn sie Diäten bezieht, turmhoch über einer Volksvertretung, die gewählt ist auf Grund des elendesten aller Wahlsysteme. (Beifall links.)

Abg. **Gäbel** (Antisem.) tritt für die Diäten und den Kommissionsvorschlag ein.

Abg. **Rickert** (frs. Vg.): Wir sind seit Decennien für die Bewilligung der Diäten. Bei der Wichtigkeit der Frage beantragen wir über den Antrag der Kommission namentliche Abstimmung.

Abg. **Hauß** (Ell.) erklärt sich namens seiner Freunde mit dem Antrage der Kommission einverstanden.

Abg. Dr. **Oertel** (k.):

Ich nehme keinen Anstand, zu erklären, daß ich für die Gewährung von Tagegeldern bin. Herr Singer und Herr Rickert haben der Sache, die sie vertreten haben, keinen sonderlichen Dienst erwiesen. Ich glaube, Herr Singer hat auf der Rechten eine Anzahl Herren in dem Entschlusse bestärkt, gegen den Antrag zu stimmen. (Lachen links.) Eine Minderheit meiner politischen Freunde ist für Tagegelder, denn durchschlagende Gründe gegen Diätenbewilligung sind nicht vorhanden. Was Sie mit der Diätenlosigkeit erreichen wollten, haben Sie nicht erreicht. Die Elemente, die Sie fern halten wollten, sind, wie Figura zeigt, nicht ferngehalten worden (Heiterkeit links), und kurze Sessionen haben Sie auch nicht erreicht. Andrerseits ist eine Beschränkung in der Auswahl von Abgeordneten Thatsache geworden, und unter dieser Beschränkung leiden wir rechts vielleicht noch mehr als Sie links. Für den vorliegenden Antrag kann ich mich aber nicht erwärmen. Ich kann die Tagegelder nur als Ersatz für die durch den Aufenthalt in Berlin entstandenen Mehrkosten ansehen. Die Konsequenz davon ist die, daß die in Berlin und seinen Vororten wohnenden Abgeordneten keine Tagegelder erhalten. Das aber bestimmt der Antrag nicht. Ich arbeite nicht gern pour le roi de Prusse („für den König von Preußen.") (Stürmische Heiterkeit links.) Ich bin also im Princip für Diäten, aber gegen den vorliegenden Antrag. Ich hoffe, der Bundesrat wird eine Vorlage machen, die auch meine Wünsche berücksichtigt.

Abg. **Lerno** (C.):

Herrn Oertel mache ich darauf aufmerksam, daß auch viele seiner Freunde die Ausübung der „Ehrenpflicht", wie er es nannte, versäumen. (Sehr gut! Centrum.) Vor einigen Tagen ging durch die Presse die Nachricht, daß die bayrische Regierung sich im Bundesrat bei Beratung dieses Antrags gegen die Gewährung von Diäten ausgesprochen habe im Hinblick auf die Erfahrungen im bayrischen Landtage, der die Verhandlungen verschleppe. Ich muß gegen diese Aeußerung entschieden protestieren und hoffe, daß von seiten der bayrischen Regierung eine Erklärung abgegeben wird, wie es sich mit dieser Sache verhält.

Herr Singer bemerkte bereits sehr richtig, daß ja die Herren Bundesratsmitglieder selbst Diäten beziehen. Einer der Herren bayrischen Bundesbevollmächtigten hat vor kurzem das Jubiläum des tausendsten Diätentages als Bundesratsbevollmächtigter gefeiert. (Große Heiterkeit.)

Bayrischer Bundesbevollmächtigter Graf **Lerchenfeld:**

Auf die Anfrage des Vorredners kann ich kurz erwidern, daß die bayrische Regierung zu diesem Antrage noch gar keine Stellung genommen hat, weil er noch nicht im Bundesrat beraten worden ist. An diese Erklärung möchte ich die Bitte anknüpfen, etwas vorsichtiger zu sein in der Beurteilung derartiger Telegramme, die im Schaufenster des „Berliner Lokal-Anzeiger" aushängen. (Große Heiterkeit und sehr richtig! links.) Der „Lokal-Anzeiger" ist ja ein ganz verdientes Blatt, aber das Papier, auf welchem er gedruckt wird, ist ebenso geduldig, wie jedes andere. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Arendt** (Rp.):

Ich kann erklären, daß ein Teil meiner Freunde für den Antrag stimmen wird, wenn wir auch mit Einzelheiten nicht einverstanden sind.

Damit schließt die Diskussion.

Für den Antrag stimmen 185, dagegen 40 Abgeordnete.

Der Antrag Gröber ist damit in der Kommissionsfassung angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr, Anträge Albrecht (Soc.) und Trimborn (C.) betr. die Gewerbegerichte.

Schluß 6 Uhr.

Lokales.

Vom Innungskrieg gegen den Straßenhandel. Wegen Ueberhandnehmen des Straßenhandels mit Korbwaren hatte sich der Bund deutscher Korbmacher-Innungen an den Berliner Polizeipräsidenten mit dem Ersuchen gewandt, durch Verordnung den Hausierhandel mit Korbwaren in den Straßen Berlins einzuschränken. Der Handel sollte hiernach nicht mehr vom Wagen aus, sondern nur noch mit Kasten oder Hucken betrieben werden dürfen. Der Polizeipräsident hat die Bittsteller dahin beschieden, daß die Bestimmungen über den Straßenhandel gegenüber dem Handel mit Korbwaren eine erhebliche Einschränkung erfahren, da grobe Korbwaren, die meist im Straßenhandel vertrieben werden, zu den Wochenmarkts-Artikeln gehören, deren Vertrieb nach § 42b Absatz III der Ordnung von einer Erlaubniß nicht abhängig gemacht und nur unter bestimmten Voraussetzungen untersagt oder beschränkt werden darf. Auf die Beschwerde, daß die Händler oft nicht das 25. Lebensjahr erreicht hätten, wurde entgegnet, daß nach den geltenden Bestimmungen der Wander-Gewerbeschein auch jüngeren Personen zu erteilen ist, wenn sie Ernährer einer Familie und bereits drei Jahre im Wandergewerbe thätig sind. Die Aufsichtsbeamten können daher nur feststellen, ob der Händler im Besitze des Wander-Gewerbescheins ist. Für den ambulanten Gewerbebetrieb sei nur ein Mindestalter von 14 Jahren vorgeschrieben. — Die Bittsteller wollen sich bei diesem Bescheid nicht beruhigen, sondern die Angelegenheit dem Handelsminister Möller unterbreiten.

Die Stadt Berlin als Straßenbahn-Aktionärin. Am Mittwochvormittag fand im großen Sitzungssaal von Siemens u. Halske die ordentliche Generalversammlung der „Berliner Elektrischen Straßenbahnen Aktiengesellschaft (Behrenstraße—Treptow und Mittelstraße—Pankow) statt, bei der die Stadtgemeinde zum erstenmal als Groß-Aktionärin beteiligt war. Es waren in der Versammlung im ganzen ungefähr 5850 Stimmen (je 1000 M. eine Stimme) vertreten, von denen auf die Stadtgemeinde 5834 Stimmen und 16 auf andre Aktionäre entfielen. Als Dividende werden nach Abzug der vorgeschriebenen Rücklagen und Tantiemen 5 Prozent zur Verteilung gelangen. Nach Erteilung der Entlastung für den Aufsichtsrat und den Vorstand legte der bisherige Aufsichtsrat sein Amt nieder und gab dem Vertreter der Stadtgemeinde Berlin, Herrn Stadtrat Bohm, anheim, einen neuen Aufsichtsrat zu wählen. Dieser schlug folgende Herren als neue Aufsichtsrats-Mitglieder vor: Stadtrat Dr. Weigert, Stadtrat Bohm, Stadtbaurat Krause, sowie die Stadtverordneten Dinse, Jakobi und Singer nebst dem Magistrats-Assessor Alberti. Außerdem erbat Stadtrat Bohm von der Firma Siemens u. Halske die Nennung eines Vertrauensmanns dieser Firma, da der Magistrat Wert darauf lege, daß die Firma, die für die Gesellschaft den Betrieb der Bahnen führt, im Aufsichtsrat vertreten sei. Als solcher wurde Direktor Schwieger bezeichnet.

Der Boulevard nach Plötzensee. In der letzten Sitzung der Baudeputation II unter dem Vorsitz des Geh. Reg.-Rats Stadtrat Friedel wurde beschlossen, die Waldstraße in Moabit, von der Turmstraße die direkte Hauptverkehrsader nach Plötzensee, nach dem Vorbilde der Pariser Boulevards umzugestalten. Die Waldstraße soll danach nicht wie die Gneisenau- und Große Frankfurterstraße u. a. eine Mittelpromenade mit zwei seitlichen Fahrdämmen und zwei Bürgersteigen bei der bevorstehenden Umpflasterung erhalten, sondern in der Mitte einen zwölf Meter breiten Fahrdamm, eingefaßt durch zwei Promenadenwege nach Pariser Muster. Im Fall sich diese Einteilung bewährt, was in den Außenbezirken wohl zu erwarten ist, dann sollen auch andre Straßenzüge in genügender Breite in ähnlicher Weise reguliert oder bei Umpflasterungen verschönert werden.

Der Magistrat handelt menschenfreundlich, wenn er den Weg nach Plötzensee so angenehm wie möglich gestaltet. Die Presse wird ihm dankbar sein.

Wenn die Berliner in die Baumblüte ziehen. Am vergangenen Werderschen Baumblütensonntag wurden laut Ausweis der Eisenbahn ca. 55 000 Personen von und nach Werder befördert. Dazu kommen ca. 5000 Personen, welche die Sterndampfer nach Werder brachten und die bedeutende Anzahl Radfahrer, sowie die auf andre Weise nach dort gelangten Personen. Die Werdersche Pferdebahn, die vom Bahnhof nach der Stadt geht, benutzten 2538 Personen, 600 weniger wie im vorigen Jahre. Nach einer durch Gewicht festgestellten postalischen Statistik wurden in Werder am Sonntag ca. 65 000 Ansichtspostkarten aufgegeben.

Der Hoteldieb Wächter, der kürzlich hier ergriffen wurde, nachdem er einem alten Kapitän in Stettin 35 000 Mark gestohlen hatte, ist bereits verschiedener Diebstähle und Zechprellereien überführt. Einen Monat vor seiner Festnahme wohnte er eine Zeit lang in einem Hotel in der Invalidenstraße, in dem er eine große Zeche machte. Diese konnte er nicht bezahlen, da er keine Gelegenheit zum Stehlen fand. Daher machte er sich eines Tags heimlich aus dem Staube. Eine Tasche, die er hierbei zurückließ, hat noch keinen Eigentümer gefunden. Es ist eine braune Ledertasche, die mit schwarzem Kalikoleder gefüttert ist und verschiedene Reisebedürfnisse, namentlich geschliffene Schmuckmittelflaschen mit Metalldeckel enthält. Auch eine braun und weißgestreifte neue Reisedecke ließ der Preller im Stich. Sie ist wohl ebenfalls in der Provinz gestohlen. Mehrere Diebstähle in Hannover hat Wächter eingeräumt.

Bobbes Maulwurfsarbeiten. Der Mörder Bobbe hatte nicht nur die bekannte Menschenfalle in Moabit angefertigt, sondern auch verschiedentlich seine Kunstfertigkeit in der Herstellung von Gruben und Höhlen bewiesen. Auch in dem Zuchthause zu Sonnenburg hat er sich darin versucht. Bobbe war daselbst als Cigarrenarbeiter beschäftigt und arbeitete mit etwa 30 Sträflingen zusammen in einem Saal. Seiner guten Führung verdankte der Gefangene manche zulässige Vergünstigung. B. benutzte die ihm gewährten Freiheiten, um einen außerordentlich verwegenen Fluchtplan in Scene zu setzen. Seine Zelle befand sich im Erdgeschoß. Mit einem Messer, welches sich der Verbrecher verschafft hatte, lockerte er allmählich zwei Dielen. Dann grub er mit den bloßen Händen einen zunächst senkrecht laufenden Gang in der Absicht, die Grundmauer der Anstalt zu unterhöhlen und so die Freiheit zu gewinnen. Den Sand türmte er in der Zelle auf, schüttete ihn morgens wieder lose in die Höhle hinein und schloß die Dielen, deren Fugen er, um jede Spur zu verdecken, mit gekautem Brot ausfüllte. Bei einer nächtlichen Revision wurde jedoch Bobbe bei seiner Arbeit entdeckt, als der Gang bereits eine Länge von zwei Metern hatte. Die Wiederholung eines derartigen Fluchtplans wurde dadurch verhindert, daß der Ausbrecher in eine cementierte Zelle gebracht wurde und während des Restes seiner Strafzeit nachts an Händen und Füßen gefesselt blieb.

Ein schreckliches Brand-Unglück, dem ein neunjähriges Mädchen zum Opfer fiel, während ein gleichalteriger Knabe mit knapper Not dem Tode entging, ereignete sich Mittwochnachmittag gegen ½6 Uhr in der Emdenerstr. 52. Hier wohnt im 3. Stock des 2. Quergebäudes die 42jährige, seit 18 Jahren fast vollständig gelähmte unverehelichte A. Laternich, die sich außer dem Hause mühsam durch Ausbessern von Wäsche ernährt. Sie besaß eine neunjährige gut geartete Tochter Ida, die ihr im Alter eine Stütze werden sollte. Gestern nachmittag hatte sich die Kleine in Abwesenheit der Mutter den neunjährigen Albert Kmifinsky zum Spielkameraden nach ihrer Stube geholt, wobei die Kinder auf den Gedanken kamen, sich Kaffee mittels Brennspiritus auf einer Kasserole anzuwärmen. Hierbei war das Mädchen jedenfalls unvorsichtig, denn die Flasche explodierte und setzte im Nu die Kleider und Gardienen in Flammen. Das Mädchen muß alsbald das Bewußtsein verloren haben, denn es wurde später unmittelbar neben dem Spirituskocher aufgefunden. Der Knabe rief zwar aus Leibeskräften Hilfe zum Fenster hinaus, allein niemand hörte, da die Wohnung nach dem dritten, unbewohnten Hofe hinaus liegt. Schon war das Zimmer in Rauch und Flammen eingehüllt, als einige Maurer, die in der benachbarten Waldenserstraße an einem Schulneubau arbeiteten, die Hilferufe hörten und herbeieilten. Im Verein mit Hausbewohnern erbrachen sie die Thür und fanden die kleine Ida tot am Boden liegen. Die Kleider waren vollständig vom Körper heruntergebrannt und das Kind kaum noch zu erkennen. Die Feuerwehr sorgte für Ueberführung der Leiche nach dem Schauhause. Der Knabe ist noch leidlich davongekommen. Der Mutter hat man vorläufig den Tod ihres Kindes verheimlicht und nur angegeben, dasselbe befinde sich im Krankenhause.

Ein gewaltiger Fabrikbrand kam in der Nacht zu gestern im Luisenstädtischen Industriegebäude in der Mariannenstr. 31, das schon häufig von größeren Bränden heimgesucht worden ist, zum Ausbruch. Um 12½ Uhr wurden die Flammen im dritten Stock des Quergebäudes bemerkt, als sie aus den Fenstern schlugen. Es brannte die Möbelfabrik von Neumann. Sofort wurde die Feuerwehr alarmiert. Als der 8. Löschzug erschien, brannte auch schon das vierte Stockwerk, wo sich die mechanische Fabrik von Kunßmann befindet. Es wurde deshalb unverzüglich „Mittelfeuer" an alle Feuerwachen gemeldet. In kurzer Zeit waren unter der Leitung des Brandinspektors Dransdfeld ein Dutzend Löschzüge zur Stelle. Von allen Seiten ging die Feuerwehr dem entfesselten Element mit großer Bravour entgegen. Die Flammen hatten an den großen Vorräten, besonders aber an einem Holzlager im Dachgeschoß reiche Nahrung gefunden. Haushoch schlugen die Flammen gen Himmel. Gegen 4 Uhr ließ das Feuer nach und gegen 5 Uhr konnte die Gefahr für beseitigt gelten. Die oberen Geschosse mit dem Dachstuhl sind zum größten Teil ausgebrannt; die unteren Geschosse haben durch Wasser, das auf den Treppen und dem Hofe zeitweise fußhoch stand, gelitten. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Drei junge Taschendiebe, von denen zwei noch nicht strafmündig sind, während der dritte eben das 13. Lebensjahr vollendet hat, sind gestern von der Kriminalpolizei auf frischer That ertappt und festgenommen worden. Die Bürschchen vertrieben sich schon seit dreiviertel Jahren die schulfreie Zeit mit Taschendiebstählen, besaßen auch schon einige Fertigkeit und hatten trotz ihrer Jugend bereits eine Specialität. Diese bestand darin, daß sie sich an den Kirchen unter die schaulustigen Damen mischten, die sich bei jeder Hochzeit einzufinden pflegen und ihnen die Taschen erleichterten. Das wurde ihnen nicht allzuschwer, da die Neugierigen ihre ganze Aufmerksamkeit auf das Brautpaar richten. Seinen größten Schlag machte einer von ihnen am 17. April, indem er ein Portemonnaie mit 11 M. 65 Pf. und für 27 M. 50 Pf. Konsumvereins-Marken erbeutete. Diese Bestohlene hat keine Anzeige gemacht und ist daher nicht bekannt; sie wird ersucht, einmal im Zimmer 97 des Polizeipräsidiums vorzusprechen.

Das Konkursverfahren ist über das Vermögen des Großschlächtermeisters Röder aus der Thaerstraße, dessen Flucht bereits gemeldet wurde und dessen Aufenthalt auch das Gericht nicht kennt, am Dienstagvormittag eröffnet worden.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Mittwoch früh 6½ Uhr wurde die Leiche eines 10—12 Jahre alten Knaben vor dem Hause Kronprinzen-Ufer 20 gelandet. Die Leiche befindet sich jetzt im Schauhause. Aeußere Verletzungen sind an derselben nicht wahrnehmbar. Der Knabe trug eine Bluse mit schwarzem Ledergürtel, blaue Hose, schwarze Strümpfe und schwarze Knöpfschuhe, weißes Hemd und rotes Tricothemd.

Vermißt wird seit acht Tagen der 64 Jahre alte Bauarbeiter Wilhelm Ganke, der seit elf Jahren bei Frau Kuhnke in der Köpenickerstr. 127a wohnte. Der alte Mann mußte im letzten Jahre wegen eines Fußleidens sechsmal ein Krankenhaus aufsuchen und war daher um eine Altersrente eingekommen. Einstweilen ging er zu einem Bierverleger, um Handreichungen zu leisten. Schon am nächsten Tage aber blieb er dort weg und kehrte auch nicht wieder nach Hause zurück. Wahrscheinlich hat er sich seines Leidens wegen das Leben genommen.

Straßensperrung. Wegen Asphaltierung werden vom 9. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt das Schöneberger Ufer von der Augusta- bis zur Potsdamerbrücke, die Forsterstraße von der Reichenberger- bis zur Wienerstraße, das Bethanien-Ufer vom Mariannenplatz bis zur Adalbertbrücke, die Matthäikirchstraße von Nr. 30 bis zur Königin Augustastraße.

Freie Volksbühne. Wegen des am 16. Juni erfolgenden Saisonschlusses des Carl Weiß-Theaters und Eröffnung einer Berliner Volksoper während der Sommermonate können die zwischen den einzelnen Vorstellungen jeder Abteilung des Vereins bisher üblichen Fristen von 3—4 Wochen bei der zehnten Vorstellungsserie nicht innegehalten werden. Die im Heft 9 angegebenen Daten sind nicht zutreffend. Die Vorstellungen müssen daher ausnahmsweise stattfinden für die II. Abteilung: Donnerstag, den 16. Mai (Himmelfahrtstag), III. Abteilung: Sonntag, den 19. Mai, IV. Abteilung: Sonntag, den 26. Mai (1. Pfingstfeiertag), V. Abteilung: Sonntag, den 2. Juni, VI. Abteilung: Sonntag, den 9. Juni, VII. Abteilung: Sonntag, den 16. Juni. Die Mitglieder werden dringend ersucht, diese Vorstellungen nicht zu versäumen. Aufgeführt wird Arthur Schnitzlers Groteske: „Der grüne Kakadu". Hierauf: „Scherz und Ernst", Scenen und Lieder. Die Mitglieder werden ferner dringend ersucht, die im heutigen Inserat des „Vorwärts" erlassenen Mitteilungen des Vorstandes zu beachten.

Das Riesen-Fernrohr der Treptow-Sternwarte hat kürzlich eine für die Besucher des Instituts wertvolle Verbesserung erhalten, die allerdings 8000 M. gekostet hat. Es ist dies ein neuer ganz aus Eisen hergestellter Rundgang mit Schienengeleis, auf welchem sich ein eigens konstruierter Wagen rings um das Fernrohr bewegen läßt. Auf diese Weise werden die Besucher der Sternwarte auf weit bequemerem Wege wie bisher zum Okular des Riesen-Fernrohrs geführt. Die neue Einrichtung läßt aber auch die Beobachtung des Mondes wie der Planeten bei ihrem niedrigsten Stande in schnellster Weise zu, so daß gegen früher mehr als die doppelte Besucherzahl befriedigt werden kann. Eine solche Ausnutzung eines großen Fernrohrs ist bei den alten Konstruktionen ausgeschlossen. — In dieser und der kommenden Woche werden besonders interessante Doppelsternpaare, die sich durch glänzende Farben auszeichnen, beobachtet.

Aus den Nachbarorten.

Man schreibt uns aus Schöneberg: Eine sehr harte Strafe hat der Bankier Seelig der Stadt Schöneberg auferlegt, nachdem er bei den in der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung vorgenommenen Wahlen zweier Magistrats-Mitglieder glänzend durchgefallen war. Als das Wahlresultat in der Sitzung bekannt geworden war, entnahm er seinem Portefeuille zwei Schreiben und legte diese auf den Tisch des Hauses nieder; sie enthielten die für unser Gemeinwesen geradezu verhängnisvolle Ankündigung, daß er sein Mandat als Stadtverordneter niederlege. Mit rascher Entschlossenheit entnahm er seinem Pult die angehäuften Akten, entfernte den Namen von seinem Stuhl und verließ hocherhobenen Hauptes den Sitzungssaal, die übrigen Herren in ihrer Ratlosigkeit zurücklassend. Es geschieht dies der Stadt schon recht.

Die Volks-Lesehalle in Schöneberg hatte im Monat April 4221 Besucher; es wurden 2174 Bücher ausgeliehen.

Verschüttet wurde am Dienstagabend gegen 6 Uhr am Tempelhofer Weg in Schöneberg ein Arbeiter, der dort beim Bau der Bahnbrücke beschäftigt war. Als er, um Feierabend zu machen, aus dem mehrere Meter tiefen Schacht, worin er arbeitete, herausstieg, stürzten die Sandmesser über ihn zusammen. Nachdem die Kollegen des Verunglückten sich vergeblich um die Befreiung bemüht hatten, mußte die Feuerwehr herbeigerufen werden, die auch schnell erschien und den bereits ohnmächtig gewordenen Arbeiter erlöste. Der Sanitätswagen der Schloßbrauerei brachte den anscheinend Schwerverletzten ins Krankenhaus.

In Zehlendorf sollte das Gefängnis in dem neuerbauten Schulhause untergebracht werden. Zum Glück hat die Regierung zu diesem Beschluß des Gemeinderats die Genehmigung versagt. — Die Gemeindevertretung wählte auf Anregung des Landrats eine Gesundheits-Kommission, an deren Spitze der Gemeindevorsteher steht. Der Kommission gehören zwei Aerzte an. — Bis zum Jahre 1903 soll am Orte ein Gymnasium errichtet werden, doch ist man sich über den Platz, wo das Gebäude stehen soll, noch nicht einig.

Weißensee. Die nur allzu bekannte Rücksichtslosigkeit der Großen Berliner hat zu einem bedauernswerten Unfall geführt. Eine Frau Neumann aus der Zimmerstraße zu Berlin benutzte auf einer Geschäftstour einen Wagen der Linie Spittelmarkt—Weißensee. Wegen der notwendig gewordenen Umpflasterung ist die Legung eines Notgeleises erforderlich geworden, welches so dicht an der Bordschwelle liegt, daß die einen Platz auf dem Verdeck benutzenden Passagiere in Gefahr sind, von den überhängenden Aesten der Bäume getroffen zu werden. Die Frau wurde, im Begriff abzusteigen, von einem Ast erfaßt, in die Höhe gehoben und auf einen auf der Straße lagernden Steinhaufen geschleudert. Die Verletzungen sind glücklicherweise nicht allzu gefährlich.

Jetzt, nachdem das Unglück geschehen, ist natürlich Abhilfe geschaffen; der Unglücksast ist beseitigt worden.

Die Ortsverwaltungen von Berlin und Umgegend der Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler versammeln sich am Freitag, den 10. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Saal 7.

Verein abstinenter Arbeiter und Arbeiterinnen. Donnerstag, den 9. Mai, abends 8½ Uhr, im Lokal von Landau, An der Stadtbahn 5: Generalversammlung.

Vermischtes.

Ein Mord ist Dienstag in Königsberg i. Pr. an der siebzigjährigen Hausbesitzerin Fräulein Eustine Leyde verübt worden. Man fand ihren Kopf auf der Straße. Anscheinend liegt ein Raubmord vor; der Kopf ist mit einer Säge vom Rumpf getrennt worden, nachdem die Leyde zuvor erwürgt worden war. Der Körper selbst ist noch nicht gefunden.

Aus dem heiligen Köln wird berichtet: In der sogenannten Kölner Sternberg-Affaire hält mit der Aburteilung einzelner Personen die Nachforschung nach weiteren, dieser Verbrechen Beschuldigten gleichen Schritt, da durch die Aussagen der in Betracht kommenden schulpflichtigen Mädchen immer neue Fälle aufgedeckt werden. So wurde auch der Besitzer einer hiesigen angesehenen Großhandlung in Kurzwaren verhaftet und in das Gefängnis eingeliefert. Die meisten als Zeuginnen auftretenden Mädchen unterhielten eigne Absteigequartiere. Einzelne derselben wurden inzwischen einer Besserungsanstalt überwiesen.

Ein blutiges Drama hat sich an Bord des Dampfers „Tuareg" abgespielt, welcher 13 Militärhäftlinge von Port Bentes nach dem Strafhaus in Algier transportierte. Sieben Häftlinge, darunter ein Anarchist, brachen aus den Zellen aus und schrieen „Nieder mit der Armee, hoch die Anarchie". Unter den Passagieren entstand eine Panik. Gendarmen stürzten sich auf die Häftlinge, um sie festzunehmen. Der Anarchist Namens Benne bedrohte einen Gendarmen mit dem Messer, worauf dieser ihn durch einen Revolverschuß niederstreckte.

Witterungsübersicht vom 8. Mai 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	752	Still	—	bedeckt	11	Haparanda	770	N	4	heiter	—0
Hamburg	751	O	1	Nebel	10	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	751	SO	1	Regen	11	Cork	753	NNW	5	bedeckt	9
Frankf./M.	751	SO	2	bedeckt	8	Aberdeen	753	ONO	4	bedeckt	8
München	752	SW	2	bld. bed.	7	Paris	749	SSW	3	bedeckt	7
Wien	752	SSO	2	bedeckt	11						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 9. Mai 1901.
Zeitweise aufklarend, vorwiegend noch trübe und regnerisch bei schwachen nordöstlichen Winden und wenig veränderter Temperatur.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 9. Mai.

Opernhaus. Samson und Dalila. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Die Verschwörung des Fiesco zu Genua. Anfang 7½ Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.
Schiller. Die Jüdin von Toledo. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Das Lumpengesindel. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Die Zwillingsschwester. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Lucie. Hierauf: Sainte-Cécile. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Leontinens Ehemänner. Vorher: Teremtete. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Gastspiel des Schliersee Bauern-Theaters. Der G'wissenswurm. Anfang 8 Uhr.
Westen. Romeo und Julia. Anfang 7½ Uhr.
Secessionsbühne. Buntes Theater: Ueberbrettl. Anf. 8 Uhr.
Thalia. Die Fledermaus. Anfang 7½ Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 8 Uhr.
Luisen. Kyrix-Pyrix. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Damenschneider. Anfang 7½ Uhr.
Carl Weiß. Der Bräutigam vom Himmel. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Gastspiel der Schwarzwälder. Die Mühle im Schwarzwald. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Specialitätenvorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 8 Uhr.
Palast. Geschlossen.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Damen-Ringkämpfe. Specialitäten-Vorstellung. Anfang nachm. 3 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal) Abends 8 Uhr: Zu kleinen Preisen: Professor Dr. Müller: „Auf den niedersten Lebensstufen".
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr. Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Donnerstagabend 8 Uhr: Gastspiel Ferdinand Bonn. **Die Jüdin von Toledo.** Historisches Trauerspiel in 5 Aufzügen von Franz Grillparzer.
Freitagabend 8 Uhr: — Gastspiel Ferdinand Bonn. — **Die Jüdin von Toledo.**
Sonnabendabend 8 Uhr: Gastspiel Ferdinand Bonn. **Die Jüdin von Toledo.**
Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Die Jungfrau von Orleans.**
Sonntagabend 8 Uhr: Gastspiel Ferdinand Bonn. **Der Kaufmann von Venedig.**

Central-Theater.

Heute Anfang 8 Uhr. Mit ganz neuer Ausstattung an Kostümen, Dekorationen u. Requisiten, zum 629. Male:
Die Geisha.
Operette in 3 Akten v. Sydney Jones. Morgen und folgende Tage: **Die Geisha.** — Anfang 8 Uhr.

Thalia-Theater

Letztes Gastspiel des Friedrich Wilhelmstädt. Theaters. Zum letztenmale:
Die Fledermaus.
Eisenstein — Herr Streitmann, Rosalinde — Frl. Reichsberg.
Freitag: Ensemble-Gastspiel des Central-Theaters:
Die schöne Helena.
Helena: Frl. Marie Ottmann aus Wien a. G. Paris: Herr Kunstadt.

Deutsche Konzerthallen
An der Spandauer Brücke 3.
In den 5 Riesenbögen:
Täglich: **Internationale Künstler-Konzerte.**
4 ausländische Kapellen.
Im 6. und 7. Bogen: Theater-Abteilung: **„Die Bohème"** (Künstler-Variété).

URANIA Taubenstr. 48/49.
Im Theater Donnerstagabend 8 Uhr zu kleinen Preisen:
Prof. Dr. Müller: „Auf den niedersten Lebensstufen".
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. **Sternwarte.**

Friedrich-Strasse 165
Castans Panoptikum
Entree 50 Pf.
Kinder die Hälfte.

Zoologischer Garten
Täglich, nachm. 4 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Entree 1 Mark.
Von abends 7 Uhr ab **50** Pfg.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Der Bräutigam vom Himmel.
Gesangsposse in 5 Bildern von Millowitsch. Bearbeitet von Carl Weiß. Anfang 8 Uhr.
Stürmischer Beifall von **Ringel, ringel reis, eia, pumpeia.**
Notabene!
Ach, das Ballett!
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Im Garten von 7 Uhr **Frei-Konzert.**

Metropol-Theater
W., Behrenstraße 55/57.
Sommer-Saison.
Die Sioux.
Nordamerikanisch. Schauspiel von Charles Laurt, und das anerkannt beste
Mai-Spec.-Programm
16 Nummern.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater.
Donnerstag, den 9. Mai:
Jubiläums-Vorstellung.
Zum **250.** Male:
Frau Luna
mit dem berühmten Luftballett
Grigolatis.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

W. Noacks Theater.
Brunnenstraße 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Theater-Vorstellung.
O, diese Weiber!
Schwank in 3 Akten von Gerner.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Reichshallen
Stettiner Sänger.
Eine Hochzeit in der Müllerstraße.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Freie Volksbühne.

Sonntag, 12. Mai, nachm. 2¾ Uhr im Lessing-Theater
III. Abteilung:
Figaros Hochzeit.
Gleichzeitig beginnt im **Carl Weiss-Theater die 10. Serie** der Vorstellungen für die **I. Abteilung.** — Die Vorstellungen folgen am 16. (Himmelfahrtstag), 19., 26. Mai und 2., 9., 16. Juni.
Aufgeführt wird:
Der grüne Kakadu. Groteske von A. Schnitzler.
Hierauf: **Scherz und Ernst.** Scenen und Lieder.
Die Mitglieder werden besonders aufmerksam gemacht, dass bei der 10. Serie die zwischen den Vorstellungen übliche Frist von 3 bis 4 Wochen nicht innegehalten werden kann, sondern dass die
2. Abteilung schon am 16. Mai,
Donnerstags (Himmelfahrt),
3. Abteilung am 19. Mai,
4. „ am 26. Mai
(Pfingst-Sonntag)
ausnahmsweise ihre Juni-Vorstellungen haben.
— — Die **5., 6., 7.** Abteilung am **2., 9., 16. Juni.** — —
Zur Orientierung über die Neueinteilung der Abteilungen in nächster Saison und den Spielplan werden die Mitglieder ersucht, die im Programm-Heft 10 d. J. erlassene Bekanntmachung des Vorstands genau zu beachten und zu verbreiten.
229/17] **Der Vorstand.** I. A.: G. Winkler.

Achtung, Kupferschmiede!

Sonnabend, den 11. Mai, abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Oeffentl. Versammlung
der
Kupferschmiede Berlins.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Frl **Fanny Imle:** „Die Bedeutung der Konsumgenossenschaften." 2. Die Aussperrung von 90 Kollegen in Hamburg. 3. Wahl von drei Revisoren zur Halbjahrs-Abrechnung des Ditspositionsfonds. 4. Verschiedenes. 1210b
Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Einberufer.**

Achtung! Bauarbeiter. Achtung!

Kollegen! In der Nr. 106 des „Vorw." vom gestrigen Tage befindet sich eine Aufforderung, betreffend den Bau Düsseldorferstr. 12 in Wilmersdorf. Der Kollege Heidemann schreibt unter anderm: „Es sei noch bemerkt, daß dort ein Kollege namens Franz Hüner arbeitet, welcher sich seiner unrichtigen Handlungsweise bewußt war; um aber mit seiner Organisation nicht in Konflikt zu kommen, meldete sich selbiger am Sonnabend, den 4. Mai, vom Verband der Bauarbeiter ab und ließ sich in der Freien Vereinigung der Bauarbeiter Berlins und Umgegend aufnehmen."

Dazu muß ich bemerken, daß dieser Absatz der Wahrheit vollständig widerspricht. Hätte der Kollege Heidemann, wie es seine Pflicht war, erst nähere Erkundigungen eingezogen oder in unserm Bureau, nachdem nochmal angefragt, so wäre das vermieden worden. Der Kollege Franz Hüner hat sich zwar bei uns gemeldet, ist aber zurückgewiesen worden. Da der Abs. 2 den Glauben erwecken könnte, daß der genannte Bau von Kollegen unsrer Seite besetzt ist, so möchte ich noch bemerken, daß dort 10 Kollegen von der Central-Richtung und drei Kollegen unsrer Richtung arbeiten. Dies zur Steuer der Wahrheit. 31/4

Die Lohnkommission der Freien Vereinigung der Bauarbeiter.
J. A.: **Oskar Böttcher.**

Bilanz-Conto am 31. Dez. 1900.

Activa:			Passiva:		
An Materialien-Conto	6871	52	Per Conto-Corrent-Conto, Creditoren	1960	90
„ Utensilien-Conto	2164	45	„ Darlehn-Conto	11079	32
„ Kassa-Conto	353	63	„ Geschäftsanteil-Conto der Mitglieder	300	—
„ Wechsel-Conto	240	—	„ Gewinn- und Verlust-Conto, Reingewinn	143	38
„ Conto-Corrent-Conto (Debitoren)	3854	—			
M.	13483	60	M.	13483	60

Gewinn- und Verlust-Conto am 31. Dezember 1900.

Debet:			Credit:		
An Unkosten-Conto	2159	69	Per Materialien-Conto	15198	49
„ Lohn-Conto	12425	82			
„ Zinsen-Conto	229	10			
„ Utensilien-Conto, Abschreibung	240	50			
„ Reingewinn	143	38			
M.	15198	49	M.	15198	49

Mitgliederzahl am 31. Dezember 1900: 10. Neu eingetreten: keine. Ausgetreten: keine. Betrag der Haftsumme: 300 M. Geschäftsguthaben: 300 M.
Möbelfabrik „Nord-Ost". 1203b
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)

Sportpark Friedenau.
Sonntag, den 12. Mai, nachmittags 3 Uhr:
Das Goldene Rad.
Billet-Vorverkaufsstellen:
Brennabor-Filiale, Leipzigerst. 111. Louis Krafft, Friedrichstr. 157. Adler-Filiale, Markgrafenst. 43/44. Agte & Wendt, Krausenstr. 15. Georg Richter, Friedrichstr. 52. Charles Malicke, Blücherstr. 39. Fritz Schneider, Alexanderst. 28a. Kurt Selke, Det.-Berk. d. Corona-Fahrräder, Kurfürstendamm 217.

Im Namen des Königs.

In der Strafsache gegen die Frau Anna **Hein** geb. Rodewald in Berlin, geboren am 15. September 1861 in Kranz (Kreis Wehlau in Schlesien), evangelisch, wegen Beleidigung,

hat die 1. Strafkammer des Königlichen Landgerichts I in Berlin in der Sitzung vom 11. März 1901, an welcher teilgenommen haben: Landgerichtsdirektor Tackmann als Vorsitzender, Landgerichtsrat Haberstroh, Landrichter Schlesier, Amtsrichter Scheller, Gerichtsassessor Scheifers als beisitzende Richter, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Eretschmar als Beamter der Staatsanwaltschaft, Referendar Körbitz als Gerichtsschreiber,

für Recht erkannt:

die Angeklagte Ehefrau Anna **Hein** ist der öffentlichen, mittels der Presse begangenen Beleidigung schuldig und wird dafür mit einhundert Mark, an deren Stelle, falls sie nicht beigetrieben werden können, für je zehn Mark ein Tag Gefängnis tritt, bestraft, hat auch die Kosten des Verfahrens zu tragen. Gleichzeitig wird dem Beleidigten, Abgeordneten Rechtsanwalt Dr. **Bachem,** die Befugnis zugesprochen, die Verurteilung auf Kosten der Angeklagten Anna Hein binnen vier Wochen nach Zustellung einer Ausfertigung der rechtskräftigen Urteilsformel durch einmalige Einrückung in die zu Berlin erscheinende Zeitung „Germania" öffentlich bekannt zu machen. Die strafbare Stelle in der Schrift **„Von der Frau für die Frau"** auf Seite 9, beginnend: „In öffentlichen Vereinsversammlungen" und schließend mit: „im Interesse der Bevölkerung liegt", sowie derjenige Teil der zu ihrer Herstellung bestimmten Platten und Formen, auf welchen sich diese Stelle befindet, ist unbrauchbar zu machen.

Gründe . . .

gez. Tackmann, Haberstroh, Schlesier, Scheller, Scheifers.

Ausgefertigt Berlin, den 6. April 1901. Graventin, Aktuar, Gerichtsschreiber i. B. des königlichen Landgerichts I, Strafkammer 1.

Die verurteilte Stelle lautet im wesentlichen:

„Erst kürzlich sagte der deutsche Centrumsabgeordnete Dr. Bachem, nach dem offiziellen stenographischen Reichstagsberichte: „Seit Jahren sucht man schon nach Mitteln zur Verhütung der Schwangerschaft; es ist das schlimmste und schwierigste Problem unsrer gesamten socialen Wissenschaft und unsrer Politik usw."

Gegen eine ähnliche Broschüre von Rosenthins Versandhaus, welche dieselbe Behauptung enthält, ist Anzeige bei der kgl. Staatsanwaltschaft wegen öffentlicher verleumderischer Beleidigung gestellt.

Sanssouci
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
— **Hoffmanns** —
Nordd. Sänger.
Stets wechselndes Programm.
Nach jeder Vorstellung:
Tanzkränzchen
Wochentags Vereinsbilletts gültig. Tanz frei.
Für die Sommersaison, während welcher die Vorstellungen **täglich im Garten** stattfinden, sind noch Sonnabende für Vereine frei.

Künstliche Zähne
ohne Wurzel-Entfernung! Garantiert schmerzlos!
Zahn- u. Wurzeloperat., Plomben etc. Langjährige Garantie.
Teilzahlung Woche 1 Mark.
Bruno Steffens, Neanderst. 21

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschl., Zahlstelle Berlin I.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege 32/8
August Lück
am 7. d. Mts. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 10. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, vom Krankenhause Am Urban aus nach dem Alten Thomas-Kirchhof, Hermannstraße, statt.
Um rege Beteiligung bittet
Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Neffe 12046
Paul Funcke
am 6. d. Mts. nach langem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist.
Beerdigung Freitag 4½ Uhr auf dem St. Simeon-Kirchhof, Mariendorfer Weg.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Empfehle allen Freunden u. Bekannten mein **Weiss-, Bayrischbier-** und **gr. Speisegeschäft.** Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendtisch à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20—50 Personen. *
H. Stramm, Rest., **Ritterstr. 123.**

Möbelstoffe!
auch Reste alle Qualit. **selten billig!** Gelegenheitskauf:
Moequett-Plüsche 5,35 M.
per Meter (130 Centimeter breit).
Muster bei näher. Angabe franco.
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. 158.

30 Mark elegante Herren-Anzüge nach Mass. **30 Mark** hochfeine **Sommer-Paletots** nach Mass.
Für **10** Mark hochelegante Beinkleider nach Mass, 1461L*
guter Stoff, tadelloser Sitz!
14 Krausen-Strasse 14,
1 Tr. Kein Laden. 1 Tr.

F. BALZER'S OPTIMUM
ist das einzige Kopfwaschwasser, welches alle in den hunderte gebrachten Mittel für Kopfnerv- u. Haarpflege übertrifft. In jedem Drogen- u. Friseurgeschäft käuflich.

Brillanten (lose u. gefaßt), Pfandscheine gegen sofortige Cassa sucht
Grünberg,
Rosenthalerstr. 11/12. I. Fernspr.

Herren-Anzüge
u. Paletots, eleg. Ausführung, auch nach Maß, geg. Kasse u. Teilzahlung.
J. Kurzberg, Landsbergerstr. 13, part., kein Laden.

Riesen-Walfisch
21 Meter lang. **150 000 Pfd. schwer.**
Vollständig gerichtlich!
Von morgens 10 Uhr bis abends 10 Uhr. **Eintrittspreis 20 Pf.**
Alexanderstraße, Ecke der Magazinstraße.
Schluß der Ausstellung in Berlin Anfang nächster Woche.

Ziehung 31. Mai u. folg. Tage.
Wohlfahrts-Loose à Mk. 3,30 Porto und Liste 30 Pf. extra
zu Zwecken der Deutschen Schutzgebiete.
16870 Geldgewinne ohne Abzug: **575,000 M.**
Die 2 ersten Hauptgewinne sind Mark:
100000, 50000
Loose bei hiesigen Verkaufsstellen oder General-Debit in **Berlin,** Greifstr. 5, **Hamburg,** gr. Johannisstr. 21.
Lud. Müller & Co., Bankgeschäft, Kauf und Verkauf von Staats- und Werthpapieren.
Telegr.-Adr.: Glückesmüller.

Berufs-Bekleidung und Wäsche-Fabrik
D. Wurzel & Co.
11619*] jetzt: **Köpnickerstrasse 160,** Ecke Manteuffelstrasse.

Adressenverlag und Cirkularvertrieb
E. G. m. b. H. in Liquidation.

Bilanz per 22. März 1901.

Aktiva		Passiva	
An Archiv-Conto	973,70	Per Genossenschafts-Conti	1368,—
„ Inventar-Conto	26,30	„ Guthaben der Conto-Corrent-Cto.	2484,10
„ außenstehende Forderungen	607,67	„ Reservefonds-Conto	140,—
„ Kassabestand	28,25		
„ Gewinn- u. Verlust-Conto	2356,18		
	M. 3992,10		M. 3992,10

Eventl. Gläubiger fordern wir auf, sich bei uns zu melden.

Berlin, im März 1901

Die Liquidatoren:
Hanke. Krümmel.

1201b

Alle Wanzen
sterben sofort nebst Brut durch meinen Wanzentod. Fl. 0,50 u. 1 M. Schwaben, Russen, Flöhe 2c. werden durch mein Pulver vollständig vernichtet. Schtt. 30 Pf., 60 Pf., 1 M.
1000 Mark Belohnung
zahle demjenigen, der mir einen Nichterfolg nachweist. Zahlreiche Anerkennungen. Nur allein echt bei
Hugo Barth, Drogerie,
Brunnenstr. 18. Ecke Veteranenstr.

Tischler-Verein zu Berlin.
Herrenpartie am Sonntag, den 12. Mai. Abfahrt: früh 7 Uhr vom Schlesischen Bahnhof bis Erkner.

Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik
von **A. Schulz,** Reichenbergerstr. 5,
empfiehlt Einrichtungen von 250 bis 10 000 M. 14432*
Anerkannt gediegene Arbeit, billige Preise, coulanteste Zahlungsbedingungen.

Arbeits-Anzüge
für jeden Industriezweig, kauft man billigst bei [14020*
Adolf Wecker
8. Mühlendamm 3.

16. Ziehung 4. Klasse 204. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 8. Mai 1901, vormittags.
Nur die Gewinne über **236** M. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

43 58 165 [1000] 236 373 408 77 516 42 727 31 54 861 [101] 59 84 335 437 78 541 [3000] 605 [3000] 714 881 958 81 2037 323 [500] 663 825 931 3103 28 231 316 454 70 551 [1000] 681 [500] 756 943 4450 566 [500] 611 71 963 5271 95 433 585 64 [1000] 913 [3000] 64 84 86 6075 126 217 [1000] 36 352 [1000] 453 83 531 35 728 917 7157 [500] 783 96 876 974 8072 154 606 817 9348 497 582 649 [1000] 762 860 981

10043 106 36 58 98 99 301 12 444 937 11091 93 256 681 758 62 90 862 99 923 44 12015 121 34 246 432 56 540 633 77 95 727 44 74 13016 30 52 586 [1000] 635 41 898 919 52 14214 16 23 68 489 804 [3000] 62 [3000] 71 15023 156 [3000] 78 209 [3000] 66 665 710 874 961 88 16042 112 35 327 677 725 942 61 17023 148 71 291 47 57 420 67 680 838 18201 83 333 86 89 453 66 606 36 74 [500] 797 941 53 70 82 19029 222 87 384 596 666 783 875 934

20195 96 376 [1000] 618 876 85 21254 456 573 [3000] 628 734 808 [1000] 900 50 94 22110 27 353 54 632 692 [500] 806 41 50 23082 476 507 84 652 925 24116 28 45 277 78 321 400 787 843 25058 198 233 561 619 765 830 56 901 26289 336 410 64 534 619 92 905 26 27016 31 37 67 211 331 430 532 607 29 828 28029 820 284 304 [1000] 96 507 [3000] 96 663 83 844 29002 135 337 [500] 456 554 607 38 [3000] 80 888 978 [1000]

30077 [1000] 132 79 228 80 370 739 809 31083 123 30 314 441 91 547 99 697 836 986 98 32277 301 486 559 744 [1000] 82 878 33049 138 243 572 498 514 80 690 [10 000] 738 873 990 34040 78 177 215 63 301 22 433 573 81 703 17 [500] 825 35086 176 361 54 414 54 60 515 681 785 807 75 79 36196 99 240 441 540 783 940 37256 38220 80 445 67 658 785 861 921 84 39071 222 76 335 428 39 72 652 926

40350 [1000] 483 96 533 85 683 829 72 [3000] 917 41047 316 46 451 93 625 780 806 68 42048 108 97 473 533 67 630 84 804 56 43240 439 560 688 [1000] 815 44446 850 45028 67 106 40 54 97 209 23 344 739 [3000] 41 807 54 89 938 46098 114 21 229 453 84 700 806 916 47044 86 167 215 87 491 658 701 16 824 914 60 48220 92 339 82 527 718 68 802 34 76 944 93 49009 29 161 275 78 433 80 541 703 22 42 851 81

50027 30 57 184 293 329 32 48 54 499 792 935 51084 168 279 718 950 52158 218 364 481 702 7 55 99 [1] 986 53203 82 465 536 606 68 81 879 909 76 54157 220 316 421 31 69 587 629 55117 202 23 27 38 475 822 89 683 784 884 946 56085 100 230 73 94 338 55 81 419 608 779 901 57052 144 65 201 53 57 527 [1000] 67 627 43 56 875 58048 [1000] 287 92 97 302 475 608 59046 193 284 300 43 85 537 603

60050 239 99 563 717 43 76 61004 29 264 317 [500] 413 71 544 915 87 62020 24 90 94 104 424 598 [500] 807 63013 127 242 58 89 308 438 [500] 682 783 804 5 35 42 64040 97 127 78 [500] 280 376 619 884 [500] 902 42 65104 235 414 65 866 [1000] 91 918 66062 69 102 30 35 281 315 639 719 67100 344 504 7 54 [3000] 653 724 986 68011 92 270 350 51 71 405 51 [500] 521 667 73 782 800 69014 559 [1000] 683 703 914 24

70037 121 [1000] 315 71170 82 428 605 28 73 77 [3000] 91 678 83 761 860 72046 83 166 85 225 47 310 32 57 496 650 761 99 832 73081 342 72 418 24 658 721 67 870 [500] 925 74047 58 98 202 36 411 [1000] 743 88 93 906 91 75033 268 81 95 636 62 97 836 76090 416 88 646 815 77040 122 68 711 48 806 16 [3000] 78023 75 100 95 252 81 532 [3000] 94 677 852 79047 106 10 60 342 453 835

80075 149 [3000] 65 325 82 403 14 642 721 69 81077 212 63 [1000] 642 733 810 82026 [500] 44 188 316 [500] 421 530 635 869 73 915 49 83056 132 72 80 231 84 506 [500] 600 79 90 759 903 84374 500 712 84 813 30 915 85042 58 212 307 689 744 71 846 946 68 86059 78 170 294 98 323 495 515 635 47 65 87300 24 417 55 631 [500] 74 746 828 920 88328 616 725 935 89031 131 243 339 547 657 [1000] 95 950 98

90139 265 472 558 790 900 91002 6 101 75 214 383 466 500 609 748 943 92168 98 487 803 [5000] 27 [3000] 70 93150 87 333 56 88 843 67 727 812 990 94011 29 163 271 329 443 640 42 53 57 66 713 82 816 95096 101 54 [500] 305 507 637 96 742 955 96075 [1000] 95 211 29 380 470 585 702 834 84 978 97179 266 530 641 87 763 78 941 98158 68 433 41 94 96 563 760 875 921 38 99203 309 407 13 61 686 928

100124 98 482 502 621 29 99 711 101000 [5000] 90 140 271 413 48 55 602 46 807 103136 279 322 39 52 97 671 777 845 104399 603 58 78 91 790 926 67 105311 624 51 54 807 106046 74 456 751 829 940 107079 202 313 432 654 842 71 949 89 108050 168 220 351 525 40 63 623 803 19 46 53 109237 68 83 355 [1000] 432 663

110364 96 [500] 401 5 557 610 58 89 819 55 111003 9 522 36 611 57 763 824 944 90 112197 234 423 [3000] 563 603 74 835 113228 333 75 78 [500] 83 437 563 701 44 839 58 977 114106 33 74 560 84 767 800 953 82 84 115006 90 127 279 358 [500] 429 692 786 95 865 964 116038 463 632 798 117051 81 218 59 457 118040 100 89 223 37 44 84 406 701 [500] 38 832 942 119111 71 284 85 345 48 899 975 94

120198 271 367 438 540 53 958 73 121013 52 239 512 608 746 48 873 75 122073 141 390 892 123177 242 [3000] 96 98 [15 000] 309 56 57 404 10 612 56 859 79 948 65 124842 916 [3000] 125084 164 126229 487 649 702 127134 417 [1000] 623 79 128010 [1000] 43 247 401 40 707 11 915 129130 429 34 53 [500] 76 [500] 540 699

130421 84 556 871 73 [1000] 921 131008 44 102 251 498 577 86 895 943 88 132116 303 22 46 525 679 [500] 749 806 26 993 133183 227 308 449 616 785 830 68 78 134238 81 350 53 92 437 573 737 921 135011 22 66 127 58 84 364 97 450 89 920 136053 508 16 74 878 137032 340 82 583 680 81 712 47 138257 462 557 77 711 [500] 84 88 902 139060 103 [3000] 54 339 43 540 84 672 770

140387 507 20 720 836 141101 [1000] 542 49 954 68 142088 159 72 292 324 406 84 573 609 709 801 25 42 917 51 143398 500 632 730 82 843 144185 208 366 438 89 529 84 736 76 145038 87 154 223 317 56 440 573 86 654 729 146202 4 98 356 415 78 87 588 678 [500] 714 147028 58 96 142 221 44 482 514 49 846 148090 392 411 77 85 523 70 76 650 707 46 827 39 64 149183 207 12 393 560 893 974

150174 325 [3000] 87 445 535 87 814 75 927 57 151095 101 65 413 58 513 630 52 984 152071 127 [3000] 39 45 357 442 49 [10 000] 622 93 784 847 153159 252 349 422 514 24 30 49 646 58 88 90 729 849 82 154011 95 458 558 843 70 712 [3000] 38 856 155108 702 64 816 156090 306 687 778 814 925 [500] 157108 319 403 505 [500] 19 776 845 [1000] 54 158063 105 37 414 67 664 90 [1000] 703 159072 [1000] 114 75 252 462 604 711 881 990

160000 142 77 265 66 452 85 614 39 739 817 918 78 161039 46 223 409 43 75 517 643 60 851 [500] 971 162164 262 305 71 638 40 802 163083 175 88 207 348 [500] 505 75 88 811 56 164054 108 346 [3000] 97 656 90 776 [1000] 96 888 904 165228 408 549 75 86 759 [500] 803 13 166013 [75 000] 63 307 75 90 98 564 65 727 836 77 938 167016 40 56 63 193 292 461 946 84 168428 89 573 98 645 169273 649 869 [500] 954

170054 170 213 34 380 543 67 650 98 748 94 954 63 171012 103 26 [5000] 312 561 94 656 91 746 72 172082 112 32 361 427 561 173273 80 525 [1000] 630 727 805 82 917 25 39 174143 266 390 504 44 46 832 942 66 68 69 175013 74 144 53 80 93 268 320 31 [3000] 60 474 602 816 78 93 [500] 176019 [500] 231 590 627 864 177150 63 68 [500] 214 381 816 56 659 81 718 979 178174 [1000] 230 327 28 427 535 [500] 680 730 71 83 98 179105 261 348 490 698 815 30 958 67

180137 211 51 58 310 534 639 48 67 900 181162 432 534 964 72 74 182180 255 389 [1000] 418 34 96 516 63 661 738 183046 287 527 86 787 879 184096 14 133 70 206 [1000] 313 66 90 409 22 629 [3000] 702 [3000] 91 858 185125 29 236 318 648 712 96 186070 207 15 378 82 541 81 614 87 750 880 78 187110 70 325 495 602 41 715 33 875 927 188106 17 38 612 34 47 709 16 43 866 96 904 189012 357 401 727 91 922 [3000]

190110 13 43 434 87 506 57 615 986 98 191320 488 669 750 74 85 842 89 907 88 192032 347 [1000] 404 660 98 757 83 93 193003 74 76 98 219 39 99 448 194055 108 68 97 266 79 543 77 877 88 909 195067 188 236 [3000] 45 364 68 466 514 722 60 968 196010 102 27 207 78 340 474 788 816 951 197036 82 216 700 [3000] 800 39 68 985 198005 236 40 605 8 29 46 73 716 38 875 998 199006 88 [1000] 222 372 96 667 88 779

200064 237 843 46 908 10 14 201228 567 873 [500] 905 58 202003 35 431 92 571 636 56 203084 198 371 418 83 654 738 85 204259 345 91 498 608 714 205124 241 48 368 565 708 852 950 [500] 58 206179 367 407 750 61 92 812 45 207330 415 81 788 [3000] 924 208025 159 238 306 502 23 649 81 91 761 900 61 209150 238 312 69 443 62 [1000]

210005 157 452 [1000] 556 73 664 808 91 211071 77 78 350 73 419 52 581 96 627 709 833 212016 246 53 511 657 788 972 213076 252 89 378 506 30 786 [500] 812 15 214164 97 360 432 94 653 715 813 900 215125 242 55 401 79 83 678 771 959 76 216041 244 55 300 700 800 941 217105 230 80 89 401 [3000] 529 71 [500] 601 6 78 705 836 53 218120 23 [150 000] 69 323 67 575 745 61 93 949 57 219243 78 423 621 41 91

220035 95 287 356 479 86 629 91 721 78 917 80 221032 [1000] 264 [1000] 555 683 965 67 222032 384 434 91 569 804 [3000] 53 [500] 86 223045 183 375 460 86 522 90 615 72 [3000] 955 224093 106 46 215 81 379 419 514 71 648 64 766 843 79

Im Gewinnrade verblieben: 2 Gewinne zu 50 000 Mark, 4 zu 30 000 Mark, 2 zu 15 000 Mark, 8 zu 10 000 Mark, 22 zu 5000 Mark, 253 zu 3000 Mark, 305 zu 1000 Mark, 376 zu 500 Mark.

16. Ziehung 4. Klasse 204. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 8. Mai 1901, nachmittags.
Nur die Gewinne über **236** M. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

43 448 541 [1000] 47 627 68 776 90 904 1056 222 302 401 99 [3000] 521 604 717 79 837 935 36 2084 115 213 21 64 75 491 3469 80 91 564 645 50 53 54 [3000] 743 84 865 970 4064 72 261 429 615 801 944 5351 462 560 906 74 6021 169 71 235 [500] 341 446 82 566 [500] 667 730 881 938 [500] 51 [500] 7050 117 206 90 320 77 [500] 415 26 547 88 621 44 733 49 823 83 [1000] 908 8163 65 71 355 57 417 78 506 55 967 9031 141 322 514 88 667 86 956

10069 192 211 54 363 469 522 863 [500] 947 79 11202 321 535 55 623 710 16 65 92 12024 54 319 20 55 423 30 582 631 752 [500] 860 96 13001 165 70 528 38 792 945 14075 103 30 66 215 348 576 83 15010 93 153 696 16482 602 718 896 916 52 17091 94 98 233 385 407 551 [3000] 846 908 18146 430 62 554 664 19207 70 387 42 87 640 810 916

20059 [1000] 130 79 [3000] 205 34 [500] 342 551 607 862 21032 37 105 363 405 43 54 717 825 30 22120 80 317 19 35 525 640 815 89 902 76 23049 167 97 544 75 629 91 710 80 877 24042 171 434 582 25038 382 85 404 550 51 693 63 730 819 59 943 26018 219 97 420 577 632 714 34 44 865 83 27168 319 465 88 662 65 92 834 28229 96 391 99 469 501 8 678 92 29277 83 387 472 546 75 670 890

30128 206 21 685 717 39 64 925 38 58 63 31100 79 203 452 690 627 [500] 780 95 968 32378 409 26 568 33006 110 73 398 630 42 719 31 962 34155 84 226 444 46 77 525 58 730 803 970 97 35087 177 324 471 570 81 604 727 46 876 89 36039 84 223 72 339 53 69 95 418 46 613 864 37065 172 331 79 442 636 839 38133 328 789 95 848 39064 84 287 349 474 610 712

40048 134 250 571 639 99 729 41017 116 37 395 471 721 [500] 42038 104 300 [3000] 676 794 838 97 960 69 43025 78 87 183 200 16 77 527 626 704 95 44008 84 160 354 39 421 87 618 [5000] 794 914 45002 176 203 29 388 472 [1000] 681 824 46055 [10 000] 85 747 807 47 47100 21 86 339 413 42 507 685 87 759 823 48256 356 84 439 74 631 790 865 95 49322 69 468 76 687 811 14 914 54 85

50028 31 [1000] 237 382 575 619 735 [5000] 62 91 843 911 79 93 51135 578 619 95 979 82 52057 111 84 800 94 [1000] 53027 [3000] 72 209 365 431 803 88 937 56 [500] 54155 96 408 36 588 99 830 44 55086 102 [500] 252 375 403 512 74 677 743 56029 227 69 429 21 39 719 48 93 800 57117 253 392 479 564 867 993 58143 86 396 527 86 741 850 951 59117 244 370 483 95 692 743 61

60146 485 556 [1000] 623 40 703 81 [3000] 61020 95 97 151 227 403 60 508 84 610 790 851 63 914 17 24 38 62009 45 329 96 551 688 712 811 21 942 63047 68 193 352 71 501 28 67 744 878 921 22 64343 92 423 43 736 41 83 816 29 65007 219 556 [3000] 674 714 66047 269 310 98 564 686 819 49 971 67119 [500] 53 72 203 452 617 853 937 68093 152 261 343 419 631 38 93 746 887 69093 117 25 213 [500] 98 386 583 85 613 725 85 810 22 915 58

70086 130 37 411 632 77 716 84 71123 203 409 92 519 27 844 921 22 72103 8 97 236 459 605 [1000] 88 612 33 852 85 [500] 73147 216 62 [500] 327 34 437 793 869 74075 253 91 [500] 92 403 45 49 586 768 909 75269 476 80 555 67 81 842 993 76050 78 104 50 232 68 571 90 676 945 77036 408 [500] 62 523 681 901 14 90 78122 350 646 833 41 67 79199 217 318 450 66 85 91 574 686 779 80 865 78 903

80318 541 705 937 81041 78 83 430 63 [3000] 581 689 96 927 82166 200 504 [500] 95 623 785 907 12 31 62 87 984 99 83029 80 92 317 721 62 98 864 84332 37 79 536 972 85030 339 91 593 605 35 739 94 86020 [500] 23 239 57 413 55 594 814 87233 72 311 454 99 617 54 69 897 915 38 88256 337 45 526 63 605 789 89003 [1000] 34 137 261 319 38 506 48 54 637 746 921

90090 185 669 904 91075 93 129 [3000] 69 302 530 39 78 723 810 933 92205 414 95 592 850 93229 98 [1000] 495 685 [500] 99 825 27 83 923 54 [1000] 94058 360 71 698 775 817 28 66 933 [500] 95229 342 482 561 66 83 97 683 704 824 96047 103 64 654 709 838 39 909 97020 45 136 243 329 433 [3000] 517 635 73 717 [3000] 98 832 98041 [3000] 95 369 445 74 97 714 65 853 963 99015 227 83 88 322 488 [3000] 521 709 59 96 832 57 932 44

100070 125 206 385 528 52 98 101092 142 203 72 386 504 7 29 67 620 48 87 92 [2000] 785 932 80 102136 59 [1000] 212 57 339 49 429 502 36 617 66 103006 121 221 320 26 633 60 963 80 [1000] 104075 251 67 99 325 430 [500] 504 59 825 925 74 88 105158 75 305 82 639 70 905 94 98 106291 338 498 50 546 52 689 843 [500] 964 107095 129 58 309 414 36 56 612 729 919 108188 365 445 537 [1000] 625 34 53 109270 389 430 760 924 25

110189 275 405 525 85 633 929 62 [500] 111002 400 510 730 977 112037 317 452 699 723 933 72 75 113271 454 89 507 776 822 114031 68 79 179 233 503 49 581 [500] 670 81 849 987 115143 339 52 436 524 604 733 81 834 999 116069 71 331 554 622 84 755 57 61 859 117039 145 58 79 329 76 478 729 936 118170 419 29 566 737 888 119029 [3000] 71 228 79 339 67 807 76

120222 43 314 418 [1000] 587 703 841 121189 72 316 95 456 85 598 658 122113 70 256 57 341 84 708 27 [500] 55 939 55 94 123090 232 566 89 638 68 753 803 48 58 951 124182 [1000] 97 217 419 540 96 623 29 67 965 73 125115 207 76 247 456 683 741 826 948 126032 [5000] 203 339 [1000] 406 46 908 127305 32 [3000] 425 629 128086 92 282 372 499 507 91 656 803 8 966 88 129084 92 127 226 40 341 464 656 85 778 933 46

130031 [1000] 171 371 630 87 713 131035 81 192 339 413 17 31 504 30 73 634 90 741 46 132012 122 81 289 444 46 49 83 526 763 81 880 963 133026 200 375 598 625 757 847 134138 202 376 527 86 638 54 798 860 923 135001 209 363 432 38 [1000] 535 693 768 851 957 136107 16 28 481 91 709 67 820 914 31 52 61 83 137433 46 611 44 49 138138 65 473 99 606 719 39 873 943 139037 69 295 363 591 843

140306 499 531 614 96 903 63 72 141098 165 232 338 607 92 709 35 44 75 847 142118 210 529 44 48 634 53 750 891 [500] 143200 322 69 81 643 83 702 816 144004 69 119 90 215 880 145127 219 231 529 64 852 77 909 146189 [500] 312 28 72 435 44 72 514 653 746 83 147121 355 73 85 [3000] 414 81 506 41 726 64 79 827 [1000] 903 148003 233 497 611 43 796 816 903 149420 [500] 618 758

150018 304 483 558 629 48 723 [500] 52 73 894 [1000] 938 151069 211 13 338 73 420 152031 63 164 300 68 526 748 153290 357 454 84 599 708 827 70 154141 300 606 40 73 82 88 820 40 65 155121 201 [500] 507 64 86 656 58 80 834 942 81 156157 93 391 497 581 763 822 920 71 157579 652 710 [1000] 69 891 933 42 158062 211 349 643 803 [1000] 64 61 964 159058 68 510 612 49 82 762 837 49 [illegible]

160151 [3000] 57 220 57 340 412 705 847 161189 265 328 453 690 705 908 70 162112 247 588 695 983 163234 729 71 821 164009 383 444 680 919 79 165086 204 [1000] 49 402 501 36 67 653 706 80 833 [500] 936 [500] 166085 215 471 82 568 167196 221 62 308 94 403 62 65 560 606 747 813 62 905 76 168038 194 224 50 325 40 412 624 40 739 52 74 169018 103 344 91 564 625 76 749 82 917 78 81

170223 379 413 599 [500] 806 920 70 171120 553 64 82 621 [1000] 84 87 794 801 2 78 923 73 172098 64 432 576 610 751 173063 115 395 420 20 35 611 35 796 818 97 944 47 174039 334 46 514 600 708 842 908 95 175016 114 98 271 813 967 [1000] 176001 12 272 84 325 [1000] 437 725 859 968 [1000] 98 98 177424 53 559 777 945 178014 52 61 267 [500] 352 76 560 61 602 [1000] 52 700 804 179018 344 692 744

180112 201 305 28 88 420 79 530 707 181013 102 46 48 74 305 64 65 422 547 696 796 930 182011 51 314 402 556 70 699 703 818 183070 221 349 473 596 763 79 910 [500] 184494 697 860 185069 117 21 76 387 412 15 549 69 937 186016 114 51 [3000] 81 535 59 187141 489 93 [3000] 518 48 77 770 881 83 924 [500] 42 188027 116 19 78 268 594 649 88 734 815 73 189015 292 316 718

190117 49 98 307 45 423 544 56 816 54 910 191135 369 71 584 709 923 34 192212 386 623 56 819 25 901 193202 654 69 853 906 50 194237 353 592 709 [10 000] 30 887 87 195126 81 200 55 81 348 87 445 699 752 62 84 842 196023 58 479 961 940 95 197038 39 263 502 53 756 894 198006 [500] 32 137 76 556 [1000] 835 987 199101 56 65 82 268 17 65 367 475 534 75 99 [3000] 607 81 724 812

200066 [1000] 135 293 [500] 659 705 52 96 835 989 201148 77 [3000] 542 [500] 832 953 [500] 86 202006 83 107 72 234 65 419 22 511 74 637 852 91 920 203474 [1000] 630 [30 000] 763 97 901 54 204014 25 94 138 [1000] 93 426 34 88 545 [1000] 712 58 835 948 56 80 205017 93 288 363 65 467 641 836 59 [500] 206161 65 277 336 [500] 831 956 207003 143 200 58 62 320 50 403 34 578 865 967 75 208538 91 607 736 954 209269 334 93 444 581 825 60

210379 527 92 604 32 69 72 834 77 211127 49 207 71 322 93 405 9 577 93 770 944 212074 159 83 451 [500] 75 [1000] 87 625 707 213169 245 568 718 33 893 73 84 225 214038 [5000] 239 361 795 805 980 98 215016 230 [3000] 770 80 [500] 817 61 98 910 61 95 216124 41 247 63 338 86 451 565 73 717 89 [500] 893 949 90 217077 131 472 79 519 65 620 218226 357 445 77 87 707 33 882 900 219131 201 12 [1000] 82 439 563 70 625 44 924 43

220023 314 420 797 910 25 221078 610 73 705 19 92 222129 60 203 25 28 392 457 748 77 845 223077 256 65 76 325 38 76 92 732 77 224025 745 67 801

Im Gewinnrade verblieben: 2 Gewinne zu 50 000 Mark, 2 zu 30 000 Mark, 2 zu 15 000 Mark, 6 zu 10 000 Mark, 19 zu 5000 Mark, 221 zu 3000 Mark, 259 zu 1000 Mark, 337 zu 500 Mark.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Obst-, Gemüse-, Backosthandlung mit Rolle, großer Wohnung verkäuflich. Näheres Wallnertheaterstraße 32 im Geschäft. 1167b

Materialwaren-Geschäft wegen Krankheit billig verkäuflich. Katzlerstraße 8, Frau Appelt. 1191b

Restauration krankheitshalber sofort für Inventarpreis zu verkaufen. Auskunft bei Anders, Salzwedelerstraße 8. [†85

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †45*

Elegante vorjährige Herrenhosen, feinste Stoffe 9—12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Waschanzüge, Waschkleidchen, sowie Stoffsachen sehr billig. Hoffmann, Veteranenstraße 14. 563R*

Resterhandlung, Knabenanzüge, Hosen, Capes, Stoffe zu Anzügen, Zuschneiden gratis. Lieferant Konsum Süd-Ost. 1196b

Sportbillig. Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Sommerpaletots, Uhren verkauft Leihhaus Neanderstraße 6. 63/20*

Kinderwagen, Sportwagen, Riesenauswahl, Bazar Baby, Invalidenstraße 160, Frankfurterstraße 115, Oranienstraße 31, Belle-Alliancestraße 107, Reinickendorferstraße 2d, o, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße Nr. 55. Teilzahlung gestattet. 647R*

Kinderwagen, spottbillig, Andreasstraße 23. 553R*

Lauben-Kolonisten. Echt Erfurter Gemüse- und Blumen-Sämereien empfiehlt in bekannter Güte Paul Lemcke, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 242, beim Hermannplatz. *

Fahrräder, Teilzahlung, coulante Bedingungen. Fabrik, Oranienstraße 176. 516R*

Fahrräder! Teilzahlungen. Riesenauswahl, Halbrennräder, Tourenfahrräder, Damenräder. Gebrauchte 35 Mark an. Gratisunterricht. Reparaturen sachgemäß, preiswert. Fahrräder werden verliehen. Multiplex-Industrie, Alexandrinenstraße fünfundvierzig, Stallschreiberstraße. 636R*

Fahrradzubehör! Außerordentlich preiswert. Alexandrinenstraße fünfundvierzig, Stallschreiberstraße. 636R*

Fahrradteile und Zubehör, billigste Bezugsquelle, Heinze, Brückenstr. 6b.

Teppiche mit Farbenfehlern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †45*

Nähmaschinen: Afrana, Adler, Ringschiffchen, Wasch- und Wringmaschinen auf Teilzahlung, Koschwitz, Wrangelstraße 118, Laden. 600R*

Nähmaschinen-Geschäft, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 115, liefert Ringschiff-, Adler-, Schnellnäher-Maschinen vor- und rückwärtsnähend ohne Anzahlung Woche eine Mark, Lieferung sofort. Schuhmacher und Sattler-Maschinen. †133*

Gaskocher! Sparsysteme! 1,50, Zweilochkocher 6,—, Dreilochkocher 10,—, Gas-Plättesen, Bügelapparate billig, Gas-Bratöfen 12,—. Wohlauer Wallnertheaterstraße 32. 1186b

Laubenbesitzer! Sämtliche Baumaterialien, Dachpappe, Brennholz Meter 5 Mark, Bismarckstraße 89, Charlottenburg. †133*

Laubenbau! Gebrauchtes und neues Kantholz, Bretter, Latten, Leisten, Thüren, Fenster, Dachpappe, Teer, billig. Kottbuser Damm 22.

Restauration wegen Todesfalls verkäuflich. Auskunft: Pasewaldt, Wienerstraße 56. Abends nach 6 Uhr

Nähmaschinen und Feuer-Versicherung vermittelt Gustav Schmidt, Sophienstraße 45, Hof Keller. 857b

Malzkraftbier, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/32 Tonne 3,50 exklusive. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidet. Porterkellerei Ringler Bernauerstraße 119. 94/18*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †45*

Fahrrad, fast neu, verkauft spottbillig. Bäuerle, Grünauerstraße 25.

Kommode verkauft Mörschel, Oranienstraße 185. [†27

Schankgeschäft, Weißbier deckt nachweislich Miete, Fabriken, Vereine, sofort verkäuflich. Erfragen Schulz, Wrangelstraße 3. [1207b

Kupferkessel billig, in allen Größen, Kastanien-Allee 94. [†40*

Grünkramgeschäft (gutgehendes) Arbeitergegend, weil Anstellung des Manns und weil dann zu schwer für Frau allein, verkäuflich hier, Norden Oudenarderstraße 46, Köhler. [†67*

Plüschsofa, Schlafsofa, 14 Mark Franzeckstraße 43, Hof geradeaus.

Fahrräder, verfallene, Damenräder, Rennräder, Halbrenner, nur Qualitätsräder, den Umständen nach spottbillig. Leihhaus, Neue Schönhauserstraße 11. [†6/7

Damenrad verkauft spottbillig Thiele, Alvensledenstraße 20. [1212b

Fahrrad, billig, verkauft Kühn, Alvensledenstraße 10. 1211b

Fahrrad, neues, 75 Mark, Lenz, Naunynstraße 38. 1213b

Radfahrer. Achtung! Wer sich ein billiges Fahrrad kaufen will, wende sich an die Berliner Einkaufs-Genossenschaft, Marsiliusstraße 19. Reparaturwerkstatt im Hause. [†113

Nähmaschinenlager sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00 Lieferung sofort, auch durch Postkarte. Louis Landsberger, Landsbergerstraße 82. [†150*

Rote Garnitur wegen Platzmangel verkauft Restaurateur Metzel, Linienstraße 205. [1216b

Vermischte Anzeigen.

Violin-, Klavier-Unterricht, Methode Oskar Brennecke, Monatshonorar 10,00, Oranienstraße 118. [*

Patentanwalt Daumann, Oranienstraße 57, Moritzplatz. Erfindern kostenfreier Rat abends bis neun

Unfallklagen, Invalidensachen, Reklamationen fertigt Schulze, Bergmannstraße 107. 1089b*

Rechtsbureau, Rechtshilfe, Raterteilung Andreasstraße Dreimalsechzig. [1180b

Schriftliche Arbeit jeder Art, Bittgesuche, Stellungsgesuche, Steuer-Reklamationen, Briefe, fertigt erfolgreich und billigst Franz Wildhagen, Christburgerstr. 32, Quergebäude III.

Kunststopferei von Frau Kokosko Steinmetzstraße 48.

Damenkleider reinigen, färben, Herrenanzüge reinigen von 2,50 Mark an. Rottucks Färberei, Andreasstraße 78 parterre, Eisenbahnstraße 18.

Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Bülowstraße 56, 2. Hof parterre. 2387b

Vereinszimmer, auch Sonntags, empfiehlt Küffner, Hasenheide 89. *

Vereinszimmer, Piano, auch Sonntags. Hermann Koch, Jasmunderstraße 10. [†66*

Vereinszimmer. 40 Personen, mit Klavier, passend für Kommissionssitzungen, Pücklerstraße 20. †120*

Vereinszimmer. Erdmann, Reichenbergerstraße 16. [1077b*

Vermietungen.

Zimmer.

Möbliertes Zimmer und möblierte Schlafstelle (Herrn). Scholz, Reichenbergerstraße 133, linker Seitenflügel II rechts. [1217b

Möbliertes Zimmer, 13 Mark, Kastanienallee 29/30, vorn 4 Treppen, Brockmann. [†49

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Aelterer, pflichttreuer und gewandter Geschäftsmann wünscht Beschäftigung. Kaution kann gestellt werden. Offerten C. 6, Expedition des „Vorwärts". 1172b

Suche Waschstellen, Frau Wölke, Friedrichsgracht 16, 1½ Treppen. 584b

Inseraten-Acquisiteur, verbeirateet, sucht per sofort Stellung. Gefällige Offerten erbeten unter W. B. 38 postlagernd Braunschweig.

Cigarrensortierer sucht Beschäftigung. Mähius, Höchstestraße 31.

Stellenangebote.

Buchbinder für Buchdruckerei sofort gesucht. Funcke, Köpenickerstraße 114. [1208b

Korbmacher, tüchtige Congo-Arbeiter, verlangt sofort Brückner, Klosterstraße 72. [1209b

Polierer auf lackierte Schirm- und Spazierstöcke verlangt Stockfabrik Ritterstraße 59. [1206b

Tüchtigen Maler auf Geldschränke verlangt „Tresor", Fabrik für Geldschrankbau, Prenzlauer Allee 54.

Gesangverein sucht tüchtigen Dirigenten für Dienstag. Offerten schriftlich bis Sonntag Schwedenstraße 11 a bei Pörnich. 1202b

Mädchen, erst eingesegnet, verlangt Wilhelm, Scharnweberstraße 72, Hof III. †148

Schneiderin verlangt Frau Bönigk, Grünauerstraße 25. [†27

Kartonarbeiterin, nur geübte, verlangt Anders Nachfolger, Albertstraße 7. 1169b

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Achtung! Holzarbeiter.

In der **Tischlerei von Richter, Pankow, Wollankstraße,** haben die Kollegen wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt. 81,3*

Desgleichen in der Bautischlerei von **Weise,** Rostockerstraße 28. Zuzug nach beiden Werkstellen ist streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung.

Achtung, Töpfer!

Die Sperre über die Firma **Patent-Dauerbrand-Kachel-Ofen-Gesellschaft** ist zu Gunsten unserer Kollegen beendet, sämtliche Gemaßregelte sind wieder eingestellt. [195/7

Auch die Kollegen der Firma **Welckert** sind seit Montag wieder eingestellt.

Der Vorstand der Filiale Berlin.

Verantwortlicher Redacteur: **Heinrich Wetzker** in Gr.-Lichterfelde. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.